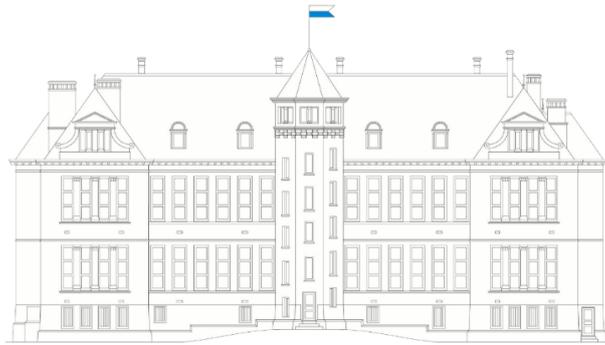


# EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern  
bei der Europäischen Union  
in Brüssel**



## EDITORIAL

*Liebe europapolitisch Interessierte,*

die Corona-Pandemie hat uns gelehrt: Sie ist für uns nicht nur gesundheitlich eine echte Herausforderung. Sondern sie zeigt uns schmerzhaft auf, wie fragil globale Lieferketten im Fall einer solchen Krise sind; ja, lassen Sie mich sagen: wie abhängig eine wirtschaftlich so starke Staatengemeinschaft wie Europa von Chips ist, diesen kleinen Halbleiter-Plättchen mit integrierten Schaltkreisen, ohne die kein Auto funktioniert, kein Computer, kein Haushaltsgerät.

Die Zahlen sind schon frappierend: 88 % der weltweit gefertigten Chips stammen aus Taiwan, Südkorea und China. Kein Wunder, dass die pandemiebedingte Unterbrechung von Lieferketten in diesem Bereich spürbare Auswirkungen auf die industrielle Fertigung in Europa, auch unserer bayerischen Automobilbauer, hatte und noch immer hat. Doch Pandemie hin oder her. Eine derart hohe Konzentration der Fertigung von zentralen Vorprodukten auf einen einzigen Kontinent ist grundsätzlich problematisch. Daher brauchen wir Lösungen.



Bayern hat deshalb bereits im Dezember 2021 das Bayerische Halbleiterbündnis zur Stärkung der heimischen Wertschöpfungskette ins Leben gerufen. Ich begrüße es daher sehr, dass nun die Europäische Kommission diese Woche den Vorschlag für ein Europäisches Chip-Gesetz vorgelegt hat. Mittels der geplanten Initiative „Chips für Europa“ sollen Forschung und Entwicklung gefördert werden; hinzu kommen Anreize für den Ausbau von Produktionskapazitäten, ein Fonds für die Unterstützung von Start-ups. Des Weiteren soll ein Mechanismus zur Koordinierung zwischen Mitgliedstaaten und Kommission entwickelt werden. Das Ziel: Engpässe unverzüglich erkennen. Quasi ein Frühwarnsystem.

Die Kommission beabsichtigt, insgesamt 43 Mrd. € aus öffentlichen und privaten Quellen zu schürfen. Das ist in etwa die Größenordnung, die derzeit in den USA für ein entsprechendes Unterfangen debattiert wird – was ebenfalls zeigt, wie wichtig die Initiative ist, mit der der Marktanteil in der EU gefertigter Chips im Jahr 2030 auf 20 % steigen soll.

Das ist natürlich nicht das einzig Wichtige, was in den vergangenen zwei Wochen auf europäischer Ebene passiert ist. Doch sehen und lesen Sie selbst.

Viel Spaß beim Blick nach Europa wünscht

*Ihre Melanie Huml, MdB*



EDITORIAL .....	2
<b>POLITISCHE SCHWERPUNKTE, INSTITUTIONELLES UND MEDIEN.....</b>	<b>7</b>
RATSPRÄSIDENTSCHAFT.....	7
EU-Länder offenbar einig bei Krisenstrategie zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik.....	7
EUROPÄISCHES PARLAMENT .....	7
Bürger wünschen sich stärkere Rolle – zur Verteidigung von Demokratie und Stärkung der Gesundheit .....	7
INSTITUTIONELLES.....	8
Bewältigung der Corona-Folgen: Bayern erhält zusätzlich 44 Mio. € aus dem Aufbaufonds REACT-EU .....	8
INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN .....	8
EU bekräftigt Unterstützung für Ukraine und fordert russischen Truppenabzug.....	8
Brexit: Rücktritt des nordirischen Regierungschefs; Ausnahmeregeln für britische Finanzdienstleister ....	8
Team Europa unterstützt Impfstoffvergabe und Startups in Afrika.....	9
MEDIEN .....	9
Kommission verurteilt russisches Sendeverbot für Deutsche Welle .....	9
VERANSTALTUNGS-RÜCKBLICK.....	10
Im Fokus: Der Europäische Green Deal – Nachhaltige Mobilität; Tank- und Ladeinfrastruktur .....	10
<b>STAATSMINISTERIUM DES INNERN, FÜR SPORT UND INTEGRATION .....</b>	<b>11</b>
Informelle Tagung der EU-Innenminister am 03.02.2022 .....	11
COVID-19 .....	11
Kommission schlägt Verlängerung des digitalen EU-COVID-Zertifikats vor .....	11
SICHERHEIT .....	12
Gestärktes Mandat für Europol.....	12
TERRORISMUSBEKÄMPFUNG .....	12
Rat verlängert Terroristenliste .....	12
<b>STAATSMINISTERIUM FÜR WOHNEN, BAU UND VERKEHR .....</b>	<b>14</b>
BAUEN UND WOHNEN.....	14
Kommission veröffentlicht europäische Normungsstrategie .....	14
Kommission führt Konsultation zur europäischen Normung durch .....	14
Kommission fordert EU-Mitgliedstaaten zur Umsetzung der Gebäudeenergieeffizienz-Richtlinie auf .....	14
Bausektor gründet neue Qualifikationspartnerschaft .....	15
Kommission lobt Preise für nachhaltige Städte aus .....	15
Neues Europäisches Bauhaus Festival 2022.....	15
LUFTVERKEHR .....	16
Französische EU-Ratspräsidentschaft veranstaltet Gipfeltreffen zum Luftverkehr.....	16



STRAßENVERKEHR.....	16
Kommission nimmt Rechtsakt zur Bereitstellung von Echtzeit-Verkehrsinformationen an.....	16
Kommission veröffentlicht Leitlinien zur Personenbeförderung mit Taxis und privaten Mietfahrzeugen.....	16
Kommission führt Konsultation zum Vollzug der Typgenehmigungsvorschriften durch.....	17
Neue Regeln zur Entsendung von Lastkraftwagenfahrern sind anzuwenden.....	17
<b>STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ.....</b>	<b>18</b>
Informelles Treffen der EU-Justizminister am 04.02.2022 in Lille.....	18
Zugang zu elektronischen Beweismitteln: Priorität Frankreichs.....	18
Debatte über eine europäische digitale Identität.....	19
Petition gegen Einschüchterungsklagen gegen Journalisten und Aktivisten.....	19
<b>STAATSMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST.....</b>	<b>20</b>
<b>FORSCHUNG / HOCHSCHULEN.....</b>	<b>20</b>
Arbeitsprogramm 2022 für den Europäischen Innovationsrat.....	20
Europäischer Forschungsrat vergibt Proof of Concept-Grants.....	20
Kommission legt European Chips Act vor.....	21
<b>KULTUR.....</b>	<b>21</b>
Neues Europäisches Bauhaus Festival 2022.....	21
<b>STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN UND FÜR HEIMAT.....</b>	<b>22</b>
<b>STEUERN.....</b>	<b>22</b>
Europäischer Rahmen für die Quellenbesteuerung.....	22
EuGH-Urteil: Steuerrechtliche Meldepflichten.....	22
Umsatzsteuerliche Organschaft: verstößt strikte BFH-Auslegung gegen Unionsrecht?.....	22
Umsatzsteuerpflicht von Einkaufsgutscheinen.....	23
Analyse des EuRH: Energiebesteuerung, CO <sub>2</sub> -Bepreisung und Energiesubventionen.....	23
Steuerliche Behandlung von Brennholz.....	23
Öffentliche Konsultation des Inclusive Framework zum ersten Baustein der ersten Säule der Zwei-Säulen-Lösung.....	24
<b>EU-HAUSHALT.....</b>	<b>24</b>
NextGenerationEU: Kommission mobilisiert 5 Mrd. € zusätzlich zur Unterstützung des Aufschwungs in Europa.....	24
<b>WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION.....</b>	<b>25</b>
ECON-Ausschuss am 02.02.2022.....	25
EZB-Ratssitzung vom 03.02.2022: keine Änderung der Geldpolitik.....	25
ECON-Ausschuss am 07.02.2022.....	25



<b>STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, LANDESENTWICKLUNG UND ENERGIE</b> .....	<b>27</b>
WIRTSCHAFT MIT BINNENMARKT UND INDUSTRIE .....	27
Halbleiter: Kommission legt European Chips Act vor .....	27
Halbleiter: EIB und Kommission kündigen neue Unterstützung an .....	27
Kommission veröffentlicht europäische Normungsstrategie .....	28
Taxonomie: Delegierter Rechtsakt zu Gas- und Kernenergetätigkeiten .....	28
Kohäsionspolitik: Kommission veröffentlicht 8. Kohäsionsbericht .....	28
Informelles Treffen der Binnenmarkt- und Industrieminister .....	29
Mobilfunk: Durchführungsbeschlüsse zum Frequenzspektrum für 5G-Mobilfunk .....	29
Tourismus: Kommission legt Plan für Übergang in eine resiliente, grüne und digitale Zukunft vor .....	30
Tourismus: Qualifizierungspartnerschaft für die Tourismusbranche .....	30
Kapitalmarktunion: Verlängerung der Geltungsdauer des Gleichwertigkeitsbeschlusses für CCP aus dem Vereinigten Königreich und Konsultation zur Ausweitung des zentralen Clearings in der EU .....	30
Kommission leitet Konsultation zur Zertifizierung von Maßnahmen zur Entfernung von CO <sub>2</sub> ein .....	31
Fusionskontrolle: Kommission genehmigt Übernahme von Kustomer durch Meta unter Auflagen .....	31
Fusionskontrolle: Kommission genehmigt Erwerb der gemeinsamen Kontrolle über Veonet GmbH .....	32
TECHNOLOGIE UND INNOVATION .....	32
Arbeitsprogramm 2022 für den Europäischen Innovationsrat .....	32
ENERGIE .....	32
EU-USA-Energierat: Treffen zur Zusammenarbeit für mehr Energiesicherheit und eine schnellere Energiewende hin zur Klimaneutralität .....	32
<b>STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ</b> .....	<b>34</b>
UMWELT .....	34
Kommission leitet Konsultation zur Zertifizierung von Maßnahmen zur Entfernung von CO <sub>2</sub> ein .....	34
Leitlinien für die Ermittlung und Ausweisung zusätzlicher Schutzgebiete veröffentlicht .....	34
VERBRAUCHERSCHUTZ .....	35
Kommission leitet Konsultation zu Vorschriften zum Schutz geografischer Angaben ein .....	35
Kommission leitet Konsultation zur Überarbeitung der EU-Düngemittelverordnung ein .....	35
Kommission leitet Konsultation zur Überarbeitung der Vorschriften zur Verwendung von Quecksilber ein .....	35
Kommission fordert WhatsApp zur Klarstellung bezüglich Verbraucherinformationen zur Verwendung personenbezogener Daten auf .....	36
<b>STAATSMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN</b> .....	<b>37</b>
Informeller Agrarrat am 07./08.02.2022 in Straßburg .....	37
Krise Schweinesektor: Vorsitzender des AGRI wendet sich an Agrarkommissar .....	37
Bericht EU-Agrar-/Ernährungswirtschaft Januar - Oktober 2021 .....	38



Kommission veröffentlicht Studie zu Anpassungsstrategien der Zuckerversorgungskette.....	39
Leitlinien für die Ermittlung und Ausweisung zusätzlicher Schutzgebiete veröffentlicht .....	39
<b>STAATSMINISTERIUM FÜR FAMILIE, ARBEIT UND SOZIALES.....</b>	<b>41</b>
Abgeordnete fordern besseren Schutz der psychischen Gesundheit am Arbeitsplatz .....	41
Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit: Industriezweige gründen neue Qualifikationspartnerschaften .....	41
Kommission will entlassene Arbeitskräfte von Selecta mit Mitteln aus dem EGF unterstützen.....	42
<b>STAATSMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT UND PFLEGE .....</b>	<b>43</b>
Kommission will das digitale COVID-Zertifikat der EU um ein Jahr verlängern .....	43
EU legt Vertrauensrahmen für Digitalisierung des Gesundheitswesens fest .....	43
Digitales COVID-Zertifikat: 270-Tage-Akzeptanzfrist für Impfbescheinigungen .....	44
Notfallzulassung für COVID-Impfstoff für Kinder unter fünf Jahren beantragt (USA) .....	44
Kommission erteilt bedingte Zulassung für Paxlovid.....	44
COVID-19: Koordinierung auf Ebene der EU .....	45
Die EU-Verordnung über klinische Prüfungen tritt in Kraft .....	45
Bekämpfung von COVID-19-Desinformationen .....	45
Sondierung zu Empfehlung zur Krebsvorsorge.....	46
EU-Gesundheitsminister für bessere Koordination der Impfkampagnen .....	46
<b>STAATSMINISTERIUM FÜR DIGITALES .....</b>	<b>47</b>
Visualisierung der Datenströme über europäische Cloud-Infrastrukturen .....	47
Halbleiter: Kommission legt European Chips Act vor .....	47



## POLITISCHE SCHWERPUNKTE, INSTITUTIONELLES UND MEDIEN

### RATSPRÄSIDENTSCHAFT

#### EU-Länder offenbar einig bei Krisenstrategie zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Um in Zukunft international wieder auf Augenhöhe agieren zu können, soll ein Strategiepapier die EU auf die Bedrohungen der Zukunft vorbereiten. Mit dem „Strategischen Kompass“, an dem seit der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020 gearbeitet wird, soll einem möglichen strategischen Bedeutungsverlust bei Sicherheits- und Verteidigungspolitik entgegengewirkt und die eigene Handlungsfähigkeit gestärkt werden. Zudem sollen darin die sicherheits- und verteidigungspolitischen Prioritäten definiert und mögliche Bedrohungen identifiziert werden. Nun haben sich die Mitgliedsländer offenbar auf Details geeinigt.

In dem Entwurf des Strategischen Kompass werden die Partnerschaften mit der NATO und den USA betont, ebenso die Notwendigkeit von Investitionen in eigene Sicherheits- und Verteidigungsressourcen. Außerdem soll über "flexiblere Modalitäten" des EU-Rechts beraten werden, EU-Operationen durchzuführen. Aus den Absichtserklärungen wird deutlich, dass die EU künftig agiler, flexibler und selbstständiger handeln möchte.

Zuletzt warb die französische Verteidigungsministerin *Florence Parly* dafür: "Vollständig souverän" solle Europa sein und "Meister des eigenen Schicksals". Im März 2022 soll das Strategiepapier angenommen werden.

[Bundesregierung – Fragen und Antworten zum strategischen Kompass; Tagesschau](#)

### EUROPÄISCHES PARLAMENT

#### Bürger wünschen sich stärkere Rolle – zur Verteidigung von Demokratie und Stärkung der Gesundheit

Gemäß einer im November/Dezember 2021 durchgeführten Eurobarometer-Umfrage stellt die Demokratie den wichtigsten Wert dar, den das Europäische Parlament (EP) verteidigen soll (32 %, in Deutschland 43 %). Höchste politische Priorität sollte die Stärkung des öffentlichen Gesundheitswesens haben (42 %, DE: 23 %), gefolgt von der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung (40 %, DE: 33 %) sowie dem Klimaschutz (39 %, DE: 48 %). Eine Mehrheit der Befragten wünscht sich hierfür eine stärkere Rolle des EP (58 %, DE: 63 %), allerdings haben nur 36 % (DE: 39 %) ein explizit positives Bild desselbigen; die meisten Befragten (45 %, DE: 44 %) haben insoweit eine neutrale Meinung. Die Mehrheit der Befragten (63 %, DE: 65 %) ist optimistisch, was die Zukunft der EU angeht.

[Pressemitteilung des EP](#)



## INSTITUTIONELLES

### Bewältigung der Corona-Folgen: Bayern erhält zusätzlich 44 Mio. € aus dem Aufbaufonds REACT-EU

Über die Aufbauhilfe für den Zusammenhalt und die Gebiete Europas (REACT-EU) erhält Bayern zusätzliche Mittel in Höhe von 44 Mio. €, um kleine und mittlere Unternehmen (KMU) bei energieeffizienten Investitionen und Investitionen in den Hochwasserschutz zu unterstützen. Das hat die Kommission am 10.02.2022 bekanntgegeben. REACT-EU steht für „Recovery Assistance for Cohesion and the Territories of Europe“ (Aufbauhilfe für den Zusammenhalt und die Gebiete Europas) und ist Teil von NextGenerationEU. REACT-EU stellt im Laufe der Jahre 2021 und 2022 zusätzliche Finanzmittel in Höhe von 50,6 Mrd. € (zu jeweiligen Preisen) für die Programme der Kohäsionspolitik zur Verfügung.

[Daily News der Kommission](#) (in englischer und französischer Sprache)

## INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN

### EU bekräftigt Unterstützung für Ukraine und fordert russischen Truppenabzug

In einem jüngst versandten Brief an Russland bekräftigt der Hohe Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik, *Josep Borrell*, im Namen der Mitgliedstaaten den Wunsch nach Fortsetzung des Dialogs mit Russland, gepaart mit der Forderung, dass Moskau seine Truppen aus und um die Ukraine sowie aus Belarus zurückzieht. Die Antwort auf einen Brief des russischen Außenministers *Lawrow* an die einzelnen Mitgliedstaaten schlägt insbesondere die OSZE als Forum für den Austausch vor. Dem Schreiben des Außenbeauftragten vorausgegangen war der Besuch einer Delegation des Europäischen Parlaments (EP) in der Ukraine vom 30.01.2022 - 01.02.2022, bestehend aus Mitgliedern des Auswärtigen Ausschusses und des Unterausschusses für Sicherheit und Verteidigung. Der Ausschussvorsitzende *McAllister* (Niedersachsen, EVP) erklärte, das EP sei entschlossen, eine „einheitliche europäische Position zu vermitteln und unsere Solidarität mit den ukrainischen Bürgern in dieser Stunde der Ungewissheit zu zeigen“.

Die Kommission hat am 01.02.2022 den Vorschlag für ein neues Makrofinanzhilfe-Programm für die Ukraine im Umfang von bis zu 1,2 Mrd. € angenommen. Der Vorschlag ist das Ergebnis eines Antrags der ukrainischen Behörden und des direkten Austauschs zwischen Kommissionspräsidentin *Ursula von der Leyen* und dem ukrainischen Präsidenten *Wolodymyr Selenskyj*. Dieses Finanzhilfepaket soll dazu beitragen, den Finanzierungsbedarf der Ukraine infolge der wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen, mit denen das Land konfrontiert ist, zu decken und sowohl den Staatsaufbau als auch die Resilienz des Landes zu stärken.

[Presseerklärung des EP](#); [Artikel in Politico](#) (in englischer Sprache); [Pressemitteilung der Kommission](#)

### Brexit: Rücktritt des nordirischen Regierungschefs; Ausnahmeregeln für britische Finanzdienstleister

Aus Protest gegen die Handelsregeln nach dem Brexit ist Nordirlands Regierungschef *Paul Givan* am 03.02.2022 zurückgetreten. *Givans* Rückzug war ein erneuter Streit um Grenzkontrollen zwischen der britischen



Provinz Nordirland und dem Rest Großbritanniens vorausgegangen. Der nordirische Agrarminister *Edwin Poots* hatte zuvor im Alleingang angekündigt, die mit der EU vereinbarten Zollkontrollen auf britische Importe zu stoppen. Die britische Regierung unterstützte das. Die Kommission, die Partei Sinn Féin und das benachbarte EU-Mitgliedsland Irland kritisierten die Entscheidung hingegen als gesetzeswidrig.

Am 08.02.2022 verlängerte die Kommission eine Ausnahmeregel, die es den Finanzinstitutionen erlaubt, auch nach dem Brexit weiter in der EU tätig zu sein. Die Ausnahmeregelung für britische Clearinghäuser (Wertpapierabwicklung) wäre eigentlich Ende Juni ausgelaufen, gilt nun aber bis Juni 2025. In der Zeit soll die EU ihre eigenen Clearing-Kapazitäten und eine entsprechende Aufsicht ausbauen, um ihre Abhängigkeit von Institutionen aus Drittländern zu verringern. Die Kommission startete auch eine öffentliche Befragung, wie man das Clearing-System erweitern könnte und will im zweiten Halbjahr 2022 dazu konkrete Vorschläge vorlegen.

[Nachricht des Redaktionsnetzwerkes Deutschland](#); [Pressemitteilung der Kommission](#)

### Team Europa unterstützt Impfstoffvergabe und Startups in Afrika

Kommissionspräsidentin *Ursula von der Leyen* hat am 09.02.2022 im Senegal zusätzliche 125 Mio. € aus dem EU-Haushalt angekündigt, um die Impfbemühungen in Afrika weiter zu unterstützen. Damit erhöht sich die Gesamtunterstützung von Team Europa für den Einsatz von Impfstoffen in den afrikanischen Ländern auf 425 Mio. €. Der Besuch im Senegal, bei dem auch mehrere Kommissare teilnehmen, findet im Vorfeld des EU-Afrika-Gipfels am 17./18.02.2022 in Brüssel statt. Die „Team Europa“-Initiative soll die Bemühungen der afrikanischen Partnerländer unterstützen, den Zugang zu erschwinglichen, lebensrettenden Gesundheitsprodukten zu verbessern, die allgemeine Gesundheitsversorgung auszuweiten und die Gesundheitssysteme zu stärken.

Im Rahmen der sog. europäischen Strategie „Global Gateway“ wurde ebenfalls am 09.02.2022 von Präsidentin *von der Leyen* während eines Besuchs beim Konsortium Jeunesse Sénégal angekündigt, Investitionen in junge Unternehmen in Afrika zu unterstützen. Die Mittel dafür kommen aus einer weitreichenden Initiative von Team Europa zur Förderung von Unternehmern, die mit 4,6 Mrd. € ausgestattet ist.

[Daily News der Kommission](#) (in englischer und französischer Sprache)

## MEDIEN

### Kommission verurteilt russisches Sendeverbot für Deutsche Welle

Die Kommission steht solidarisch an der Seite der Deutschen Welle und ihrer Beschäftigten in Russland. Das erklärte ein Kommissionssprecher, nachdem die russischen Behörden der Deutschen Welle den Sendebetrieb in Russland am 03.02.2022 untersagt hatten. Den Mitarbeitern des Senders die Akkreditierung zu entziehen, die Einstufung als „ausländische Agenten“ zu erwägen und das Büro der Deutschen Welle in Moskau zu schließen, sei inakzeptabel und entbehre jeder Rechtfertigung, heißt es in der Erklärung weiter. „Die Entscheidung der deutschen Regulierungsbehörde, dem russischen Staatssender RT DE den Betrieb im Land



zu untersagen, weil er keine gültige Lizenz besitzt, steht in keinem Zusammenhang mit der Arbeit der Deutschen Welle in Russland“, so der Sprecher weiter. Die Reaktion der russischen Behörden zeige bedauerlicherweise einmal mehr, dass sie die Medienfreiheit kontinuierlich verletzen und die Unabhängigkeit der Medien missachten. In der Erklärung heißt es daneben: „Wir gehen davon aus, dass die Deutsche Welle vollen und fairen Zugang zu rechtlichen Schritten haben wird, um diese ungerechtfertigte Entscheidung anzufechten.“

[Vollständige Erklärung des Europäischen Auswärtigen Dienstes](#) (in englischer Sprache)

## VERANSTALTUNGS-RÜCKBLICK

### Im Fokus: Der Europäische Green Deal – Nachhaltige Mobilität; Tank- und Ladeinfrastruktur

Im Rahmen der Online-Lunchtime-Briefings „Im Fokus: Der Europäische Green Deal“ der Bayerischen Europaministerin *Melanie Huml*, MdL stand am 03.02.2022 das Thema Nachhaltige Mobilität – wie herausfordernd ist der Aufbau der Tank- und Ladeinfrastruktur in Europa? im Mittelpunkt der Diskussion einer hochrangigen Expertengruppe aus Kommission, Parlament, Verbandsvertreter und Bayerischer Staatsregierung.

Dabei wurde eines klar: Die Herausforderungen sind immens. Zu den wichtigsten würden das Sicherstellen einer hohen Verfügbarkeit, Verlässlichkeit und Preistransparenz der Tank- und Ladestationen, eine technologieneutrale Ausgestaltung der Rahmenbedingungen mit realistischen, aber machbaren Zielvorgaben und die Lösung des „Henne-Ei-Problems“ zählen, nach der der Aufbau von öffentlicher Ladeinfrastruktur und der Markthochlauf von Elektroautos Hand in Hand gehen müssten. Die Antwort auf die Herausforderungen müsste auf allen Ebenen, von der EU bis zu den Kommunen, und mit der Wirtschaft und den Bürgern erfolgen.

Bei Interesse können Sie die Veranstaltung hier nochmals ansehen: [Aufzeichnung ansehen](#) (YouTube)



## STAATSMINISTERIUM DES INNERN, FÜR SPORT UND INTEGRATION

### Informelle Tagung der EU-Innenminister am 03.02.2022

Am 03.02.2022 fand das erste (informelle) Treffen der EU-Innenminister unter der französischen Ratspräsidentschaft statt. Auf der Tagesordnung standen u. a. die Vorschläge der französischen Ratspräsidentschaft zu einer politischen Führung des Schengen-Raums sowie Diskussionen zur Reform des Europäischen Migrations- und Asylsystems. Die Minister kamen überein, einen „Schengen-Rat“ einzurichten; Ziel ist u. a. die Erstellung von Echtzeit-Indikatoren zur Grenzsituation. Zugleich sollen die laufenden Reformen des Schengener Grenzkodex und des Schengener Evaluierungs- und Überwachungsmechanismus schnellstmöglich abgeschlossen werden. Außerdem haben sich die Minister zu Asyl- und Einwanderungsfragen ausgetauscht und erklärten sich mit dem von der französischen EU-Ratspräsidentschaft vorgeschlagenen schritt- und etappenweisen Ansatz einverstanden, um bei diesen komplexen Verhandlungen Fortschritte zu erzielen. Auf dieser Grundlage wird der Rat in den kommenden Wochen auf die Festlegung der ersten Etappe der Reform des Europäischen Migrations- und Asylsystems hinarbeiten, die das Gleichgewicht zwischen der Pflicht zur Solidarität und Verantwortung achten wird. Weitere Themenschwerpunkte waren die Zukunft des EU-Katastrophenschutzverfahrens unter Berücksichtigung der Auswirkungen des Klimawandels sowie die Herausforderungen der Cyberkriminalität, wobei mit Unterstützung des Internationalen Forums zur Cyberkriminalität (IFC) eine Übung durchgeführt wurde. Bei der Erörterung entsprechender Maßnahmen wurden u. a. die tragende Rolle von Europol, die Relevanz einer besseren Ausbildung der Sicherheits- und Polizeikräfte und die Herausforderungen im Zusammenhang mit der Entwicklung ausgewogener Regelungen zur Datenverschlüsselung und -speicherung sowie zum Zugriff auf elektronische Beweismittel angesprochen.

Auf der Grundlage dieser Leitlinien wird die französische Ratspräsidentschaft die in den verschiedenen Ratsformationen begonnene Arbeit fortsetzen, insbesondere im Vorfeld des Rates „Justiz und Inneres“, der am 03.03.2022 stattfinden soll.

[Pressemitteilung](#)

### COVID-19

#### Kommission schlägt Verlängerung des digitalen EU-COVID-Zertifikats vor

Die Verordnung über das digitale COVID-Zertifikat der EU gilt seit dem 01.07.2021 und sollte ursprünglich am 30.06.2022 auslaufen. Die Kommission hat wegen der anhaltenden Pandemie vorgeschlagen, den Einsatz des digitalen COVID-Zertifikats der EU um ein Jahr bis zum 30.06.2023 zu verlängern. Daneben hat die Kommission auch folgende geringfügige Änderungen an dem COVID-Zertifikat vorgeschlagen: Anerkennung qualitativ hochwertiger Labor-Antigentests als Testart; Sicherstellung der korrekten Abbildung aller jeweils verabreichten Impfdosen auf Impfbzertifikaten, gleich in welchem Mitgliedstaat geimpft wurde; Ausstellung von Zertifikaten an



Personen, die an klinischen Tests für COVID-19-Impfstoffe teilnehmen. Die EU-Länder müssen dem Vorschlag noch zustimmen. Der Einsatz des digitalen COVID-Zertifikats der EU im Inland bleibt Sache der Mitgliedstaaten.

Die Kommission schlägt ferner eine parallele Verordnung vor, mit der die Anwendung des digitalen COVID-Zertifikats der EU auch auf Drittstaatsangehörige ausgeweitet wird, die sich rechtmäßig im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten aufhalten oder dort wohnen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[EU-Bürger](#) (in englischer Sprache)

[Drittstaatsangehörige, die sich rechtmäßig in der EU aufhalten und dort wohnen](#) (in englischer Sprache)

## SICHERHEIT

### Gestärktes Mandat für Europol

Die Kommission begrüßt die am 01.02.2022 zwischen dem Europäischen Parlament (EP) und dem Rat erzielte politische Einigung über ein stärkeres Mandat der EU-Agentur für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol). Dank dieses gestärkten Mandats wird Europol die Mitgliedstaaten künftig noch besser bei der Bekämpfung von Schwermriminalität und Terrorismus sowie bei der Bewältigung neuer Sicherheitsbedrohungen unterstützen können. Europol wird wirksam mit privaten Parteien zusammenarbeiten können. Die Aktualisierungen enthalten auch klare Regeln für die Verarbeitung großer und komplexer Datensätze und ermöglichen es Europol, neue Technologien zu entwickeln, die den Anforderungen der Strafverfolgung entsprechen. Diese Änderungen gehen einher mit einem verstärkten Datenschutzrahmen sowie einer stärkeren parlamentarischen Kontrolle und Rechenschaftspflicht.

Die Verordnung muss nun formell vom EP und vom Rat verabschiedet werden.

[Pressemitteilung](#)

## TERRORISMUSBEKÄMPFUNG

### Rat verlängert Terroristenliste

Am 03.02.2022 hat der Rat die Gültigkeitsdauer der sogenannten EU-Terroristenliste verlängert. In dieser Liste werden die Personen, Vereinigungen und Körperschaften geführt, die restriktiven Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus unterliegen. Für die in der Liste aufgeführten 13 Personen sowie 21 Vereinigungen und Körperschaften gilt, dass ihre Gelder und sonstigen Vermögenswerte in der EU eingefroren werden.

Ferner dürfen Wirtschaftsteilnehmer aus der EU ihnen keine Gelder und wirtschaftlichen Ressourcen zur Verfügung stellen. Der Rat erstellte die Liste ursprünglich zur Umsetzung der Resolution 1373 (2001) des VN-Sicherheitsrates, die infolge der Terroranschläge vom 11.09.2001 verabschiedet wurde.



**Europabericht der Vertretung des Freistaates Bayern bei der EU**  
**Nr. 03/2022 vom 11.02.2022**



Er überprüft die Liste regelmäßig, mindestens jedoch einmal pro Halbjahr, anhand von Informationen über jegliche neuen Erkenntnisse und Entwicklungen im Zusammenhang mit den Benennungen.

[Pressemitteilung](#)



## STAATSMINISTERIUM FÜR WOHNEN, BAU UND VERKEHR

### BAUEN UND WOHNEN

#### Kommission veröffentlicht europäische Normungsstrategie

Am 02.02.2022 hat die Kommission ihre europäische Normungsstrategie zusammen mit einem Vorschlag zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1025/2012 über die europäische Normung, einem Umsetzungsbericht und einem Arbeitsprogramm 2022 zur EU-Normung veröffentlicht (siehe weiteren Beitrag des StMWi in diesem EB). Die Strategie umfasst fünf Maßnahmenbündel: (1.) Priorisierung des dringenden Normungsbedarfs in strategischen Bereichen, (2.) Bevorzugung europäischer Normungsorganisationen, (3.) Übernahme einer Führungsrolle bei der globalen Normung, (4.) Förderung von Innovationen und (5.) Ausbildung künftiger Normungsexperten. Zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1025/2012 über die europäische Normung führt die Kommission bis zum 04.04.2022 eine öffentliche Konsultation durch (siehe weiteren Beitrag in diesem EB).

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[EU-Normungsstrategie](#)

[Vorschlag zur Änderung der Verordnung \(EU\) Nr. 1025/2012](#)

[Umsetzungsbericht zur Verordnung \(EU\) Nr. 1025/2012](#)

[Kommissionsarbeitsprogramm 2022 zur EU-Normung](#)

#### Kommission führt Konsultation zur europäischen Normung durch

Bis zum 04.04.2022 führt die Kommission eine öffentliche Konsultation zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1025/2012 über die europäische Normung durch. Parallel hierzu hat die Kommission ihre europäische Normungsstrategie veröffentlicht (siehe weiteren Beitrag in diesem EB). Ziel ist es, den Einfluss externer Akteure auf die europäische Normung zu verringern. Die Kommission möchte, dass ihre Normierungsaufträge von nationalen Delegierten der Normungsgremien aus den EU- und EWR-Mitgliedstaaten bearbeitet werden. Dadurch soll eine Einflussnahme von Akteuren aus Drittstaaten vermieden werden. Gleichzeitig fordert die Kommission die europäischen Normungsorganisationen auf, ihre Governance-Strukturen zu modernisieren und ein Peer-Review-Verfahren mit den Mitgliedstaaten zu entwickeln. Die Ergebnisse der öffentlichen Konsultation sollen in die Bewertung der Verordnung über die europäische Normung einfließen.

[Konsultation der Kommission](#)

[Verordnung \(EU\) Nr. 1025/2012](#)

#### Kommission fordert EU-Mitgliedstaaten zur Umsetzung der Gebäudeenergieeffizienz-Richtlinie auf

Am 09.02.2022 hat die Kommission Dänemark, Malta, die Niederlande und Schweden zur vollständigen Umsetzung der Richtlinie 2010/31/EU über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (EPBD) aufgefordert. Die Kommission hatte am 15.12.2021 ihre Überarbeitung der EPBD vorgelegt (EB 20/21). Den betroffenen EU-



Mitgliedstaaten wird vorgeworfen, die Vorschriften nicht bis zum 10.03.2020 in nationales Recht umgesetzt zu haben. Diese haben nun zwei Monate Zeit, um auf die Aufforderung der Kommission einzugehen. Anderenfalls kann die Kommission im Vertragsverletzungsverfahren eine mit Gründen versehene Stellungnahme übermitteln.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Richtlinie 2010/31/EU](#)

### **Bausektor gründet neue Qualifikationspartnerschaft**

Am 08.02.2022 gründete der Bausektor eine Qualifikationspartnerschaft im Rahmen der Initiative der Kommission „Pakt für Kompetenzen“ (siehe hierzu auch Beitrag des StMAS in diesem EB). Ziel für die nächsten fünf Jahre ist es, mindestens 25 % der Arbeitskräfte des Baugewerbes (etwa drei Mio. Beschäftigte) höher zu qualifizieren oder umzuschulen. Der Schwerpunkt liegt auf Kompetenzen in Bereichen wie Energieeffizienz, Kreislaufwirtschaft und Digitalisierung.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

### **Kommission lobt Preise für nachhaltige Städte aus**

Bis zum 25.03.2022 können sich Städte als „European Green Capital 2024“ sowie für den „European Green Leaf Award 2024“ bewerben. Die Auswahl als grüne Hauptstadt Europas erfolgt anhand von zwölf Umweltindikatoren, wie Luft- und Wasserqualität, nachhaltige urbane Mobilität und Anpassung an den Klimawandel. Der Preis richtet sich an Großstädte und ist mit 600.000 € dotiert. Titelträger waren für 2022 Grenoble/Frankreich und 2023 Tallinn/Estland. Der „European Green Leaf Award 2024“ richtet sich an kleinere Städte mit 20.000 bis 100.000 Einwohnern und ist mit 200.000 € dotiert. Titelträger waren im Jahr 2022 Winterswijk/Niederlande und Valongo/Portugal. Bis zum 14.02.2022 können sich interessierte Städte für einen Bewerberworkshop registrieren. Die Gewinner sollen im Oktober 2022 bekanntgegeben werden.

[Mitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

### **Neues Europäisches Bauhaus Festival 2022**

Vom 09. bis 12.06.2022 findet das erste Festival zur Initiative des Neuen Europäischen Bauhauses (NEB) in Brüssel statt (siehe hierzu Beitrag des StMWK in diesem EB). Interessierte können ihren Teilnahmewunsch der Kommission noch bis zum 07.03.2022 übermitteln.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Webseite des Festivals](#) (in englischer Sprache)

[Aufruf zur Teilnahme](#) (in englischer Sprache)



## LUFTVERKEHR

### Französische EU-Ratspräsidentschaft veranstaltet Gipfeltreffen zum Luftverkehr

Am 03./04.02.2022 hat die französische EU-Ratspräsidentschaft ein Gipfeltreffen zum Luftverkehr in Toulouse veranstaltet. Die EU-Mitgliedstaaten, die Kommission sowie rund 150 Unternehmen und Verbände der Luftverkehrs- und Energiebranche bekräftigten ihre Unterstützung zur Erreichung der Klimaneutralität der Luftverkehrsbranche bis 2050. Dieses Ziel wurde auch in der Erklärung von Toulouse nochmals vereinbart. Dabei sollen das Engagement auf internationaler Ebene verstärkt, Verfahrensweisen im Luftverkehr optimiert und der Einsatz von Biotreibstoffen und neuen Elektro- und Wasserstoffantriebssystemen gefördert werden. Den Teilnehmern ist bewusst, dass die Maßnahmen zu einem Preisanstieg im Luftverkehr führen werden.

[Pressemitteilung der französischen EU-Ratspräsidentschaft](#)

[Erklärung von Toulouse](#) (französischer Sprache)

## STRAßENVERKEHR

### Kommission nimmt Rechtsakt zur Bereitstellung von Echtzeit-Verkehrsinformationen an

Am 02.02.2022 hat die Kommission einen delegierten Rechtsakt zur Richtlinie 2010/40/EU über die Bereitstellung EU-weiter Echtzeit-Verkehrsinformationen angenommen, der ab 01.01.2025 gelten wird. Bereits am 14.12.2021 hatte die Kommission ihren Vorschlag zur Überarbeitung der Richtlinie über intelligente Verkehrssysteme (IVS) vorgelegt (EB 20/21). Bislang waren die Straßenverkehrsbehörden und -betreiber verpflichtet, solche Daten für das transeuropäische Straßenverkehrsnetz (TEN-V), Autobahnen und andere vorrangige Straßen zur Verfügung zu stellen. Mit der delegierten Verordnung wird der Anwendungsbereich auch auf regionale und städtische Straßen ausgedehnt. Zudem werden neue Datentypen aufgenommen, wie Zugangsbeschränkungen für Fahrzeuge. Damit sollen bestehende Informationsdienste verbessert und neue Anwendungen ermöglicht werden.

[Pressemitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

[Delegierte Verordnung zur Richtlinie 2010/40/EU](#)

### Kommission veröffentlicht Leitlinien zur Personenbeförderung mit Taxis und privaten Mietfahrzeugen

Am 02.02.2022 hat die Kommission Leitlinien für einen gut funktionierenden und nachhaltigen lokalen Bedarfsverkehr für die Personenbeförderung mit Taxis und privaten Mietfahrzeugen veröffentlicht. Dieser wird Bestandteil des am 14.12.2021 vorgelegten neuen EU-Rahmens für urbane Mobilität (EB 20/21). Der Leitfaden richtet sich an Behörden und legt die Binnenmarktvorschriften auf die Regulierung von Taxis und privaten Mietfahrzeugen aus. Die Kommission rät u. a. von Regelungen ab, die zu Leerfahrten führen, wie die Rückkehrpflicht privater Mietfahrzeuge oder geografische Beschränkungen. Zudem sollen Fahrgastgemeinschaften, nachhaltigere Fahrzeugflotten und die intermodale Integration mit öffentlichen



Verkehrsmitteln gefördert werden. Daneben sollen die Anforderungen für die Zulassung als Fahrer und die Betriebsbedingungen einfach und verhältnismäßig sein.

[Pressemitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

[Leitlinien zur Personenbeförderung](#)

### **Kommission führt Konsultation zum Vollzug der Typgenehmigungsvorschriften durch**

Bis zum 24.02.2022 führt die Kommission eine öffentliche Konsultation zu einem delegierten Rechtsakt zur Verordnung (EU) 2018/858 über die Genehmigung und die Marktüberwachung von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern durch. Im Mittelpunkt stehen die Methoden zur Berechnung und Erhebung von Geldbußen bei Verstößen gegen die Typgenehmigungsvorschriften. Die Kommission möchte die Verfahren für die Zustellung von Geldbußen und die Fristen für die Übermittlung fehlender Informationen überarbeiten. Daneben sollen die Methoden zur Berechnung und zum Einzug von Geldbußen überprüft werden. Der Zeitpunkt für die Annahme durch die Kommission ist derzeit noch offen.

[Konsultation der Kommission](#)

[Verordnung \(EU\) 2018/858](#)

### **Neue Regeln zur Entsendung von Lastkraftwagenfahrern sind anzuwenden**

Seit dem 02.02.2022 sind die neuen Vorschriften der Richtlinie (EU) 2020/1057 über die Entsendung von Kraftfahrern im Straßenverkehrssektor anzuwenden. Danach sind die Mitgliedstaaten verpflichtet, transparente Informationen über die Vergütung entsandter Fahrer über das Portal „Your Europe“ bereitzustellen, wenn diese in ihrem Hoheitsgebiet tätig sind. Außerdem müssen die Unternehmen Entsendungserklärungen über das Portal des Binnenmarktinformationssystems (IMI) einreichen. Die Europäische Arbeitsbehörde (ELA) soll die Aktualität der Portale sicherstellen und sich weiterhin für die transparente und faire Anwendung der Entsendevorschriften einsetzen.

[Pressemitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

[Richtlinie \(EU\) 2020/1057](#)



## STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ

### Informelles Treffen der EU-Justizminister am 04.02.2022 in Lille

Am 04.02.2022 fand ein informelles Treffen der EU-Justizminister in Lille, Frankreich, statt. Auf der Tagesordnung standen die Bekämpfung von Hass und Hasskriminalität, Alarmierungssysteme für die Bevölkerung bei Kindesentführungen sowie die Anerkennung von Eltern-Kind-Verhältnissen innerhalb der EU. Bei der Bekämpfung von Hass und Hasskriminalität ging es zum einen um den Vorschlag zur **Erweiterung der Liste der EU-Straftatbestände** in Art. 83 Abs. 1 AEUV auf **Hassrede und Hasskriminalität**. Dazu bedarf es eines einstimmigen Beschlusses des Rates. Der französische Justizminister und Kommissar *Reynders* äußerten sich nach dem Treffen zuversichtlich, dass es gelingen könnte, sich auf die Erweiterung der EU-Straftatbestände zu verständigen. Man erhoffe sich auf dem nächsten Justizrat Anfang März bereits Fortschritte. Zum anderen ginge es um den **Zugang von Strafverfolgungsbehörden zu elektronischen Beweismitteln (E-Evidence)**. Dazu gab es einen Austausch mit Vertretern von Google und Meta (Facebook) sowie der Generalstaatsanwältin von Paris. Der französische Justizminister warb vor und nach dem Treffen eindringlich dafür, dass der Erfolg strafrechtlicher Ermittlungen in Europa nicht länger in den Händen der Services Provider liegen dürfe. Es müsse endlich eine Einigung bei diesem so wichtigen Dossier gefunden werden. Zur **Anerkennung von Eltern-Kind-Verhältnissen** bereitet die Kommission derzeit eine Initiative vor, die gewährleisten soll, dass die in einem EU-Mitgliedstaat festgestellte Elternschaft EU-weit anerkannt wird. Bundesjustizminister *Dr. Buschmann* unterstützte nachdrücklich das Ziel der Kommission, einen europäischen Raum der Freizügigkeit für alle Familien in Europa zu schaffen.

[Informeller Innen- und Justizrat auf der Seite der französischen Ratspräsidentschaft](#)

[Zu den Pressekonferenzen und -statements vor und nach dem Rat](#)

### Zugang zu elektronischen Beweismitteln: Priorität Frankreichs

Am 31.01.2022 sprach der französische Justizminister *Dupond-Moretti* im Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres des Europäischen Parlaments (EP) über die Prioritäten der französischen Ratspräsidentschaft im Bereich der Justiz. Absolut prioritär sei für Frankreich der Zugang zu elektronischen Beweismitteln (E-Evidence). Herr *Dupond-Moretti* betonte, dass elektronische Beweismittel in ca. 80 % der strafrechtlichen Ermittlungen entscheidend seien, insbesondere auch für die Ermittlung der Identität der Täter. Aktuell seien europäische Justizbehörden auf die Kooperation der Services Provider angewiesen, die im Wesentlichen der US-amerikanischen Gesetzgebung unterstehen. Bei dem E-Evidence Packet gehe es daher auch um die Souveränität und Autonomie Europas. Die Berichterstatterin des EP, Frau MdEP *Sippel* (S&D/DEU) erwiderte, sie habe Ende Dezember 2021 dem Rat einen Kompromissvorschlag unterbreitet. Das EP bestehe bei Herausgabeanordnungen, die Inhalts- oder Verkehrsdaten betreffen, auf einem robusten Notifizierungssystem, bei dem der Vollstreckungsstaat eine Reihe von Ablehnungsgründen geltend machen



könne. Ausnahmen durch das sog. Wohnsitzkriterium lehne sie ab. Der Ball liege jetzt im Feld der Mitgliedstaaten.

[Zur Ausschusssitzung](#) (ab 16:52)

### Debatte über eine europäische digitale Identität

In der Sitzung des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie des Europäischen Parlaments vom 03.02.2022 wurde die Einführung der sog. europäischen digitalen Identität (eID) diskutiert. Hintergrund ist der Vorschlag der Kommission vom 03.06.2021 für eine Verordnung über eine europäische digitale Identität. Mithilfe der eID sollen europaweit Online-Dienste genutzt werden können, ohne dabei auf private Identifizierungsmethoden angewiesen zu sein und nicht notwendige personenbezogene Daten weitergeben zu müssen. Die Nutzung werde freiwillig sein. Der Europäische Datenschutzbeauftragte *Wiewiorowski* sieht in der eID Chancen für den Schutz personenbezogener Daten und die Privatsphäre. Allerdings dürfe die eID nicht zum „Ende der Anonymität im Internet“ führen. In der Sitzung äußerten Abgeordnete darüber hinaus Kritik daran, dass wichtige Bestimmungen zur Umsetzung und Anwendung der eID im Verordnungsvorschlag selbst fehlten und dadurch auf zahlreiche von der Kommission zu erlassende Durchführungsrechtsakte verlagert würden. Derzeit arbeiten Rat und Europäisches Parlament an ihren Verhandlungspositionen.

[Zur Ausschusssitzung](#)

### Petition gegen Einschüchterungsklagen gegen Journalisten und Aktivisten

Mehr als 200.000 Menschen fordern von der Kommission mehr Einsatz gegen Klagen, die Journalisten und Aktivisten einschüchtern sollen. Die sog. „Koalition gegen SLAPPs in Europa“ (CASE) überreichte der zuständigen Vizepräsidentin der Kommission *Jourová* am 01.02.2022 eine entsprechende Petition mit 213.432 Unterschriften. SLAPP steht für Strategic Lawsuit Against Public Participation. Damit sind Gerichtsprozesse gemeint, im Rahmen dessen Kläger überzogene Schadensersatzforderungen an kritisch berichtende Journalisten und Aktivisten stellen. Ziel ist es, die betreffenden Personen einzuschüchtern und letztlich zum Schweigen zu bringen. Mitte November 2021 hatte das Europäische Parlament bereits eine Entschließung verabschiedet, in der die Abgeordneten EU-Vorschriften zum Schutz gegen SLAPP-Klagen fordern (EB 18/21). Die Kommission will eine Gesetzesinitiative zum Schutz von Journalisten und Menschenrechtsverteidigern gegen missbräuchliche Gerichtsverfahren Ende April 2022 vorlegen. Bis Mitte Januar 2022 lief hierzu eine öffentliche Konsultation (EB 16/21).

[Tweet von Jourová](#) (in englischer Sprache)

[Weitere Informationen zur Petition von CASE](#) (in englischer Sprache)



## STAATSMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST

### FORSCHUNG / HOCHSCHULEN

#### Arbeitsprogramm 2022 für den Europäischen Innovationsrat

Die Kommission hat am 09.02.2022 das Arbeitsprogramm 2022 für den Europäischen Innovationsrat (EIC) verabschiedet. Demnach stehen dieses Jahr 1,7 Mrd. € zur Verfügung, um bahnbrechende Innovationen zu entwickeln und neue Märkte für diese zu erschließen, insbesondere in den wegweisenden Zukunftstechnologien wie Quanteninformatik oder Gentherapie.

Dem EIC, der mit dem Forschungsrahmenprogramm Horizont Europa 2021 neu eingeführt wurde, stehen bis 2027 mehr als 10 Mrd. € zur Verfügung, um Innovationen und deren Überführung in die Marktreife zu fördern. Im Mittelpunkt stehen dabei innovations- und forschungsstarke Unternehmen und Start-Ups. Mit dem EIC-Pathfinder existiert allerdings auch ein Förderinstrument, mit dem multidisziplinäre Forschungsteams mit bis zu 4 Mio. € bei ihrer visionären Forschung unterstützt werden. Hierfür stehen dieses Jahr insgesamt 350 Mio. € zur Verfügung. Aufbauend auf dem Pathfinder und auch den ERC Proof of Concept-Grants (siehe dazu nachfolgenden Beitrag) unterstützt überdies die EIC-Transition-Initiative die Umwandlung von Forschungsergebnissen in Innovationschancen mit rund 131 Mio. € in diesem Jahr.

Am 22.02.2022 findet eine Informationsveranstaltung zu den Fördermöglichkeiten für interessierte Forscher und Unternehmen statt.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Arbeitsprogramm 2022](#) (in englischer Sprache)

[Factsheet mit allgemeinen Informationen](#) (in englischer Sprache)

[Factsheet zu Fördermöglichkeiten für Forscher](#) (in englischer Sprache)

#### Europäischer Forschungsrat vergibt Proof of Concept-Grants

Am 07.02.2022 hat der Europäische Forschungsrat (ERC) die Empfänger der diesjährigen Proof of Concept-Grants bekanntgegeben. Mit diesen werden 166 Forscherinnen und Forscher mit jeweils 150.000 € dabei unterstützt, ihre bahnbrechenden Grundlagen-Forschungsprojekte, die bereits vom ERC gefördert wurden, in marktgängige Innovationen zu überführen.

Nach Deutschland gehen 13 Auszeichnungen, drei davon an Grantees, die an bayerischen Universitäten forschen (TU München, LMU München, FAU Erlangen-Nürnberg).

[Pressemitteilung des ERC](#) (in englischer Sprache)

[Gesamtliste der Grantees](#)



### Kommission legt European Chips Act vor

Die Kommission hat am 08.02.2022 den „European Chips Act“ vorgelegt, mit dessen Hilfe die Entwicklung und Produktion fortschrittlicher und nachhaltiger Halbleiter in Europa bis 2030 massiv befördert werden soll (siehe hierzu auch Beitrag des StMWi in diesem EB).

Ein strategisches Ziel des Vorhabens ist es u. a., „die Führungsrolle Europas in Forschung und Technologie“ auf dem Gebiet zu stärken. Demzufolge wird die Initiative zu großen Teilen im Rahmen der Programme Digitales Europa und Horizont Europa umgesetzt. Es werden dabei bis 2030 11 Mrd. € öffentliche Investitionen bereitgestellt, um u. a. Forschung, Entwicklung und Innovation zu stärken.

Eine zentrale Maßnahme dieser Initiative ist, das Gemeinsame Unternehmen für digitale Schlüsseltechnologien, eine der 10 institutionalisierten Partnerschaften unter Horizont Europa, zu stärken und auf die Ziele der europäischen Chip-Strategie auszurichten. Hierzu wird es in „Gemeinsames Unternehmen für Chips“ umbenannt. Es soll „zum Leuchtturm der Bemühungen der Union im Bereich Halbleiter“ werden und dabei mit den Mitgliedstaaten zusammenarbeiten, um eine kohärente Abstimmung mit den nationalen Programmen zu erleichtern, und innovative Großprojekte unterstützen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Fragen und Antworten der Kommission](#)

[Zu den Vorschlägen der Kommission](#)

[Webseite des Gemeinsamen Unternehmens für digitale Schlüsseltechnologien](#) (in englischer Sprache)

## KULTUR

### Neues Europäisches Bauhaus Festival 2022

Die Kommission hat angekündigt, dass das erste Festival zur Initiative des Neuen Europäischen Bauhauses (NEB) vom 09. bis 12.06.2022 in Brüssel stattfinden wird. Das Festival wird in Form von Live-Performances, Ausstellungen und Diskussionsforen die Grundprinzipien der NEB-Initiative präsentieren und zum Ideen- und Meinungsaustausch einladen und damit die Initiative sichtbarer für die Menschen machen. Gleichzeitig werden alle Interessierten, die sich an dem Festival aktiv beteiligen möchten, aufgerufen, bis zum 07.03.2022 ihren Teilnahmewunsch an die Kommission zu übermitteln. Angesprochen sind dabei in erster Linie Organisationen, Kunstkollektive, Institutionen, Universitäten, Architekten, Städte, Regionen, Unternehmen, Künstler, Studierende sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Die Aktivitäten werden in erster Linie physisch in Brüssel stattfinden, aber auch gestreamt werden und Nebenveranstaltungen aus der ganzen EU online mit einbeziehen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Webseite des Festivals](#) (in englischer Sprache)

[Aufruf zur Teilnahme](#) (in englischer Sprache)

[Factsheet für potentielle Teilnehmer](#) (in englischer Sprache)



## STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN UND FÜR HEIMAT

### STEUERN

#### Europäischer Rahmen für die Quellenbesteuerung

Am 25.01.2022 haben Abgeordnete des Europäischen Parlaments im Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON) Empfehlungen für einen Europäischen Rahmen für die Quellenbesteuerung angenommen. Dieser soll verhindern, dass nationale Steuersysteme die Steuerhinterziehung erleichtern, sowie gleichzeitig Hindernisse für im Ausland tätige Unternehmen und Investoren verringern. Es wird geschätzt, dass die Mitgliedstaaten aufgrund schädlicher Steuerpraktiken und Steuervermeidung von Unternehmen Steuereinnahmen zwischen 36-37 Mrd. € und 160-190 Mrd. € pro Jahr verlieren. Lt. Bericht seien Quellensteuern ein zuverlässiges politisches Instrument bis zur Umsetzung der Zwei-Säulen-Lösung des Inklusiven G20/OECD-Rahmens.

[Entwurf eines Berichts über einen Europäischen Rahmen für die Quellenbesteuerung](#)

[Änderungsanträge zum Bericht](#)

#### EuGH-Urteil: Steuerrechtliche Meldepflichten

Pauschale Geldbußen, die für die Verletzung bloßer Erklärungspflichten oder rein formeller Verpflichtungen erhoben werden, sind unverhältnismäßig, wenn ihre Höhe außer Verhältnis zur Höhe der Geldbußen steht, mit denen die Missachtung ähnlicher Verpflichtungen in einem rein innerstaatlichen Kontext (in Spanien) geahndet werden, und deren Gesamtbetrag nach oben nicht begrenzt ist. Daher stellen diese pauschalen Geldbußen eine Beschränkung des freien Kapitalverkehrs dar, entschied der Europäische Gerichtshof am 27.01.2022 (Az. C-788/19).

[Schlussanträge des Generalanwalts vom 15.07.2021](#)

[Pressemitteilung des EuGH vom 27.01.2022](#)

[Urteil des EuGH vom 27.01.2022](#) (in französischer Sprache)

#### Umsatzsteuerliche Organschaft: verstößt strikte BFH-Auslegung gegen Unionsrecht?

Am 27.01.2022 hat die Generalanwältin am Europäischen Gerichtshof *Laila Medina* ihre Schlussanträge in der Rechtssache C-269/20 gestellt. Sie ist der Ansicht, dass Art. 4 Abs. 4 Unterabs. 2 der Umsatzsteuer-RL 1977 (RL) dahin auszulegen sei, dass er der Regelung eines Mitgliedstaats entgegenstehe, die nur das die Gruppe beherrschende Mitglied unter Ausschluss der übrigen Mitglieder der Gruppe als Vertreter der Mehrwertsteuergruppe und als Steuerpflichtigen dieser Gruppe bestimme, während die anderen Mitglieder der Gruppe als nicht steuerpflichtig gelten.



Die RL schließt nicht aus, dass jedes Mitglied dieser Mehrwertsteuergruppe weiterhin selbständiger Steuerpflichtiger ist.

[Vorabentscheidungsersuchen des BFH](#)

[Schlussanträge der Generalanwältin vom 13.01.2022](#)

### Umsatzsteuerpflicht von Einkaufsgutscheinen

Sind bei der Übertragung eines Gutscheins von einem Steuerpflichtigen auf sein Personal nicht alle maßgeblichen Angaben (so dass Umsatzsteuersatz bestimmbar ist) zum Anspruch auf eine Lieferung von Gegenständen oder eine Erbringung einer Dienstleistung bereits bekannt, stellt diese Übertragung keinen steuerbaren Umsatz im Sinne von Art. 62 der Mehrwertsteuerrichtlinie dar, schlug die Generalanwältin *Tamara Čapeta* in ihren Schlussanträgen am 27.01.2022 (Az. C-607/20) vor. Ansonsten ist die Übergabe der Gutscheine, ohne dass die Verwendung der Gutscheine mit der wirtschaftlichen Tätigkeit des Unternehmens verbunden ist oder Kontrolle über die Verwendung der Gutscheine erfolgt, eine Lieferung „für unternehmensfremde Zwecke“ nach Art. 26 Abs. 1 Buchst. b) der Mehrwertsteuerrichtlinie und somit steuerpflichtig.

[Schlussanträge der Generalanwältin vom 27.01.2022](#)

### Analyse des EuRH: Energiebesteuerung, CO<sub>2</sub>-Bepreisung und Energiesubventionen

Der Europäische Rechnungshof (EuRH) hat am 31.01.2022 in seiner Analyse zur Energiebesteuerungspolitik betont, dass die Energiebesteuerung nachjustiert werden muss. Denn zwar können Energiesteuern zur Bekämpfung des Klimawandels beitragen, die derzeitigen Steuersätze spiegeln jedoch nicht das Ausmaß der Verschmutzung durch die verschiedenen Energiequellen wider. Auch lasse die geltende Energiebesteuerungsrichtlinie es zu, Energiequellen, die die Umwelt stärker belasten, steuerlich günstiger zu behandeln als CO<sub>2</sub>-effiziente Energiequellen. Der EuRH bemängelte die Subventionen für fossile Brennstoffe im letzten Jahrzehnt (ca. 55 Mrd. € pro Jahr), die relativ stabil geblieben sind, obwohl sich die Kommission und einige Mitgliedstaaten dazu verpflichtet hätten, sie bis 2025 auslaufen zu lassen.

[Pressemitteilung des EuRH](#)

[Analyse 01/2022: Energiebesteuerung, CO<sub>2</sub>-Bepreisung und Energiesubventionen](#)

### Steuerliche Behandlung von Brennholz

Die Lieferung von Holzhackschnitzeln darf nicht vom ermäßigten Mehrwertsteuersatz ausgeschlossen werden und dem gewöhnlichen Mehrwertsteuersatz unterliegen, wenn nach nationalem Recht andere Formen von Brennholz (für den Durchschnittsverbraucher austauschbar) mit dem ermäßigten Mehrwertsteuersatz besteuert werden, urteilte der Europäische Gerichtshof am 03.02.2022 (Az. C-515/20). Die Mitgliedstaaten müssen also



die Grenzen der steuerlichen Neutralität beachten. Sie dürfen dabei den Anwendungsbereich des Art. 122 der Mehrwertsteuerrichtlinie anhand der Kombinierten Nomenklatur eingrenzen.

[Vorabentscheidungsersuchen des BFH](#)

[Urteil des EuGH vom 03.02.2022](#)

### **Öffentliche Konsultation des Inclusive Framework zum ersten Baustein der ersten Säule der Zwei-Säulen-Lösung**

Das Inclusive Framework zu Gewinnkürzung und -verlagerung (Base Erosion and Profit Shifting, BEPS) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat eine öffentliche Konsultation zum ersten Baustein (Betrag A) der ersten Säule gestartet. Sie wird schrittweise erfolgen, indem das Sekretariat Arbeitsdokumente zu jedem Baustein veröffentlicht, um schnelles Feedback zu erhalten. Dieser Ansatz soll es ermöglichen, die Arbeit parallel fortzusetzen, um den im Oktober 2021 vereinbarten politischen Zeitplan einzuhalten, anstatt auf die Fertigstellung eines umfassenden Dokuments zu warten. Es handelt sich um einen Entwurf von Modellregeln für „Nexus und Einkommensquellen“. Interessierte Parteien werden gebeten, ihre schriftlichen Kommentare bis spätestens 18.02.2022 bei der OECD einzureichen.

[Pressemitteilung der OECD vom 04.02.2022](#) (in englischer Sprache)

[Öffentliche Konsultation zum ersten Baustein der ersten Säule](#) (in englischer Sprache)

[Entwurf von Modellregeln für „Nexus und Einkommensquellen“](#) (in englischer Sprache)

## **EU-HAUSHALT**

### **NextGenerationEU: Kommission mobilisiert 5 Mrd. € zusätzlich zur Unterstützung des Aufschwungs in Europa**

Im Rahmen ihrer ersten Anleihensyndizierung 2022 hat die Kommission am 08.02.2022 im Namen der EU weitere Mittel in Höhe von 5 Mrd. € für NextGenerationEU mobilisiert, um dazu beizutragen, dass die Erholung Europas von der COVID-19-Pandemie nicht an Dynamik verliert. Mit dieser am 06.07.2051 fälligen Anleihe mit einer Laufzeit von 30 Jahren belaufen sich die bereits im Rahmen des Programms aufgebrauchten Mittel auf insgesamt 78,5 Mrd. €. Gleichzeitig mit dieser Transaktion gab die Kommission eine weitere Anleihe im Umfang von 2,2 Mrd. € mit einer Laufzeit von 5 Jahren aus, die der Finanzierung von Back-to-Back-Darlehen für Portugal im Rahmen des Europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSM) dient.

[Pressemitteilung der Kommission vom 08.02.2022](#)

[Fragen und Antworten zur diversifizierten Finanzierungsstrategie](#)

[Website EU als Anleihe-Emittent](#) (in englischer Sprache)



## WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION

### ECON-Ausschuss am 02.02.2022

Am 02.02.2022 gab der Präsident der Eurogruppe, *Paschal Donohoe*, im Dialog mit dem Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON) zu, dass die aktuelle Rekordinflation von 5,1 % der Eurozone Sorgen bereitet. Seit Mitte 2021 steige die Inflation an und beeinträchtige das Wachstum und die Kaufkraft der privaten Haushalte. Für die Jahre 2022 und 2023 erwarte er trotz der Unsicherheiten in Verbindung mit der COVID-19-Pandemie einen wirtschaftlichen Aufschwung. Im Jahr 2023 solle die Inflation wieder unter das 2 %-Ziel der Europäischen Zentralbank fallen.

[Rede von \*Paschal Donohoe\*](#) (in englischer Sprache)

[Video zur Sitzung des ECON-Ausschusses](#)

### EZB-Ratssitzung vom 03.02.2022: keine Änderung der Geldpolitik

Der Rat der Europäischen Zentralbank (EZB) hat am 03.02.2022 keine Änderung seiner Geldpolitik beschlossen. Er hat sowohl seine im Dezember getroffenen Beschlüssen zur Gestaltung der Wertpapierkaufprogramme als auch den Zinsausblick bestätigt. In der Pressekonferenz erläuterte EZB-Präsidentin *Christine Lagarde* Entscheidungsgründe des EZB-Rates und wies darauf hin, dass die EZB in Anbetracht der derzeitigen Unsicherheit der Durchführung der Geldpolitik mehr denn je zuvor Flexibilität und Optionalität wahren müsse. Die EZB sei bereit, alle ihre Instrumente gegebenenfalls anzupassen, um sicherzustellen, dass sich die Inflation mittelfristig bei dem Zielwert von 2 % stabilisierte. Eine Zinserhöhung in diesem Jahr erscheint jedoch nicht mehr ausgeschlossen, so könnte die Aussage von *Lagarde* im Rahmen der Pressekonferenz verstanden werden.

[Pressemitteilung der EZB zu geldpolitischen Beschlüssen vom 03.02.2022](#)

[Einleitende Bemerkungen von EZB-Präsidentin \*Christine Lagarde\* und von Vizepräsidenten \*Luis de Guindos\* zur Pressekonferenz vom 03.02.2022](#)

[Pressekonferenz ansehen](#)

### ECON-Ausschuss am 07.02.2022

Am 07.02.2022 fand im Rahmen der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Währung (ECON) ein Wirtschaftsdialog und Meinungsaustausch mit Exekutiv-Vizepräsidenten der Kommission *Valdis Dombrovskis* statt. Er betonte, dass die Fiskalpolitik angesichts der hohen Unsicherheit auch in diesem Jahr moderat unterstützend bleiben dürfte. Wichtig sei jedoch, dass die Unterstützung zielgerichtet erfolgt und nicht zu einer dauerhaften Belastung der öffentlichen Finanzen führt. Es werde erwartet, dass die sog. allgemeinen Ausweichklausel ab 2023 außer Kraft gesetzt wird. Die Länder sollen damit beginnen, ihre Defizite zu reduzieren. Auch *Christine Lagarde*, Präsidentin der Europäischen Zentralbank, nahm an der Sitzung teil. Sie hat ihre Inflationseinschätzung bekräftigt, zugleich aber auf Unterschiede beim Inflationsausblick gegenüber



anderen Wirtschaftsräumen hingewiesen. Die Energiepreise seien weiterhin der Hauptgrund für die hohe Inflationsrate.

[Statement von Dombrovskis](#)

[Statement von Lagarde](#)



## STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, LANDESENTWICKLUNG UND ENERGIE

### WIRTSCHAFT MIT BINNENMARKT UND INDUSTRIE

#### Halbleiter: Kommission legt European Chips Act vor

Die Kommission hat am 08.02.2022 vier Initiativen zum European Chips Act vorgelegt. Die Mitteilung mit dem Titel „Ein Chips-Gesetz für Europa“ gibt den Kontext vor und formuliert fünf strategische Ziele in den Bereichen Forschung und Technologie, Umwandlung von Investition in gefertigte Produkte, Produktionskapazität, Fachkräftesicherung und globale Lieferketten. Während der Verordnungsvorschlag zur Stärkung des europäischen Halbleiter-Ökosystems die in der Mitteilung genannten Ziele mittel- bis langfristig umsetzen soll, soll die Empfehlung über ein gemeinsames Instrumentarium der Union zur Behebung von Lieferengpässen bei Halbleitern und einen EU-Mechanismus zur Überwachung des Halbleiter-Ökosystems die wichtigsten in der Verordnung vorgesehenen Maßnahmen bis zu seiner Annahme vorwegnehmen und insbesondere zur Überwindung der derzeitigen Engpässe beitragen. Den letzten Bestandteil des Pakets zum European Chips Act bildet ein Verordnungsvorschlag zur Änderung der Verordnung zur Gründung der gemeinsamen Unternehmen im Rahmen von „Horizont Europa“ hinsichtlich des Gemeinsamen Unternehmens für Chips. Das übergeordnete Ziel der Initiativen ist, dass mindestens 20 % der weltweiten Chip-Produktion bis 2030 in Europa stattfindet; ein Ziel, das in dem im März 2021 veröffentlichten Digitalen Kompass der Kommission festgelegt wurde (EB 05/21).

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Fragen und Antworten der Kommission](#)

[Zu den Vorschlägen der Kommission](#) (in englischer Sprache)

#### Halbleiter: EIB und Kommission kündigen neue Unterstützung an

Die Europäische Investitionsbank (EIB)-Gruppe und die Kommission haben am 09.02.2022 eine Erklärung zur Unterstützung des europäischen Halbleiter-Ökosystems unterzeichnet. Die gemeinsame Initiative steht im Zusammenhang mit dem ebenso am 09.02.2022 von der Kommission vorgelegten European Chips Act (siehe auch weiteren Beitrag in diesem EB) und beschließt hierzu eine engere Zusammenarbeit der beiden Institutionen bei künftigen Investitionsinitiativen. Die EIB-Gruppe plant, ihre Unterstützung für das europäische Halbleiter-Ökosystem zu verstärken und weiter zu diversifizieren. Der Schwerpunkt der Förderung soll auf Forschung, Entwicklung und Innovation, Produktion und Design sowie neue Technologien und innovative kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) liegen. Neben Beteiligungs- und Mischfinanzierungen sowie Darlehen und Bürgschaften sollen auch ergänzende Unterstützungsmaßnahmen, wie Beratungsdienste und Maßnahmen zur Sensibilisierung und zum Austausch von Fachwissen, zum Tragen kommen.

[Pressemitteilung der EIB-Gruppe](#)

[Gemeinsame Erklärung der EIB-Gruppe und der Kommission](#) (in englischer Sprache)



### **Kommission veröffentlicht europäische Normungsstrategie**

Die Kommission hat am 02.02.2022 eine neue EU-Normungsstrategie vorgelegt, die das Konzept der Kommission für Normen im Binnenmarkt und weltweit beinhaltet. Neben der Mitteilung hat die Kommission einen Vorschlag zur Änderung der Verordnung über die Normung, einen Bericht über ihre Umsetzung sowie das jährliche Arbeitsprogramm 2022 der EU für europäische Normen veröffentlicht. Ziel der Strategie ist, die globale Wettbewerbsfähigkeit der EU zu stärken, den digitalen, grünen und resilienten Wandel zu unterstützen und demokratische Werte in Technologieanwendungen zu verankern. Durch die Festlegung globaler Normen kann die EU ihre Werte exportieren und EU-Unternehmen einen wichtigen Vorsprung verschaffen. Die Strategie adressiert dabei insgesamt fünf zentrale Maßnahmenbündel. Zu dem Verordnungsvorschlag zur Normung kann nun bis zum 06.04.2022 im Rahmen einer öffentlichen Konsultation Stellung genommen werden.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Zur Konsultation](#)

### **Taxonomie: Delegierter Rechtsakt zu Gas- und Kernergietätigkeiten**

Die Kommission hat am 02.02.2022 den delegierten Rechtsakt zum Umgang mit Gas- und Kernenergie im Rahmen der Taxonomie-Verordnung vorgelegt. Die Kommission hatte am 31.12.2021 einen ersten Entwurf für den delegierten Rechtsakt veröffentlicht, zu dem die Mitgliedstaaten Stellung nehmen konnten (EB 01/22). In diesem wurden die Nutzung von Gas- und Kernenergie unter gewissen Voraussetzungen als nachhaltig eingestuft.

Auch in dem nun vorliegenden delegierten Rechtsakt ist die Kommission der Auffassung, dass privaten Investitionen in Gas- und Kernergietätigkeiten eine Rolle beim Übergang zur Klimaneutralität zukommt. Aus Sicht der Kommission stehen die in dem Rechtsakt erfassten Gas- und Kernergieaktivitäten im Einklang mit den Klima- und Umweltzielen.

Sobald der Rechtsakt in alle EU-Sprachen übersetzt ist, wird er formal von der Kommission angenommen. Das Europäische Parlament und der Rat haben dann die Möglichkeit diesen innerhalb von zwei Monaten in Gänze anzunehmen oder abzulehnen. Nach Ablauf der Frist und sofern keine Einwände erhoben werden, tritt der delegierte Rechtsakt in Kraft und gilt ab dem 01.01.2023.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Zum Text des delegierten Rechtsaktes und den Anhängen](#) (in englischer Sprache)

### **Kohäsionspolitik: Kommission veröffentlicht 8. Kohäsionsbericht**

Die Kommission hat am 09.02.2022 ihren 8. Kohäsionsbericht veröffentlicht. Aus dem Bericht geht hervor, dass die Kohäsionspolitik zwischen 2014-2020 dazu beigetragen hat, die territorialen und sozialen Ungleichheiten zwischen den Regionen in der EU zu verringern. Dank der Finanzhilfen würde das Pro-Kopf-BIP der weniger



entwickelten Regionen bis 2023 voraussichtlich um bis zu 5 % steigen und die Differenz zwischen den Werten der am wenigsten und stärksten entwickelten Regionen um 3,5 % sinken.

Bei insgesamt positiver Tendenz lassen sich vereinzelt gegenläufige Entwicklungen beobachten. Während Osteuropa gegenüber der übrigen EU aufgeholt hätte, hätten weniger entwickelte Regionen im Süden und Südwesten der EU wirtschaftlich Stagnation erlebt. Auch hätten die inneren regionalen Unterschiede innerhalb der rasch wachsenden Mitgliedstaaten zugenommen. Die regionalen Ungleichheiten bei der Beschäftigung seien immer noch größer als vor dem Jahr 2008. Schließlich hätte sich die Innovationskluft zwischen den Regionen in Europa vergrößert. Nach den unionsrechtlichen Vorgaben berichtet die Kommission alle drei Jahre über die Fortschritte bei der Verwirklichung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts (EB 04/21). Der 8. Kohäsionsbericht wird in Diskussionen im anstehenden Kohäsionsforum am 17./18.03. einfließen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Mitteilung zum 8. Kohäsionsbericht](#)

[8. Kohäsionsbericht](#) (in englischer Sprache)

#### **Informelles Treffen der Binnenmarkt- und Industrieminister**

Die Binnenmarkt- und Industrieministerinnen und -minister tauschten sich am 31.01.2022 und 01.02.2022 im Rahmen eines informellen Treffens u. a. zur Stärkung der strategischen Autonomie und zur Sicherstellung der Versorgung mit und Nachhaltigkeit von Rohstoffen aus. Die Minister begrüßten die zahlreichen Maßnahmen, die seit März 2020 hierzu ergriffen wurden, darunter die Einführung wichtiger Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse (IPCEI), das europäische Konjunkturprogramm NextGenEU, diverse handelspolitische Schutzinstrumente sowie die Veröffentlichung eines Aktionsplans zu kritischen Rohstoffen und die Gründung der Europäischen Rohstoff-Allianz. Darüber hinaus wurden künftige Maßnahmen zur Behebung der Schwachstellen wie das Notallinstrument für den Binnenmarkt, die zwischenzeitlich vorgelegte Mikrochip-Initiative (siehe auch weiteren Beitrag in diesem EB), der zweite Jahresbericht über den Binnenmarkt, strategische Partnerschaften mit Drittstaaten, Investitionen in die Kreislaufwirtschaft und ein mögliches IPCEI Rohstoffe diskutiert. Auch die neue Initiative der Europäischen Batterie-Allianz wurde erwähnt, deren Ziel darin besteht, einen Investitionsfonds in Höhe von 400 Mio. € für nachhaltige Batteriematerialien einzurichten.

[Pressemitteilung der französischen Ratspräsidentschaft](#)

#### **Mobilfunk: Durchführungsbeschlüsse zum Frequenzspektrum für 5G-Mobilfunk**

Die Kommission hat am 09.02.2022 Durchführungsbeschlüsse im Bereich der EU-Frequenzpolitik erlassen, mit denen sichergestellt werden soll, dass 900-MHZ- und 1800-MHZ-Bänder auch für 5G-Anwendungen nutzbar gemacht werden. Dies soll zu einer besseren Konnektivität für wichtige Anwendungen in den Bereichen



Gesundheitsüberwachung, Diagnose und Pflege, intelligente Häuser und optimierten Energieverbrauch sowie vernetzte und automatisierte Mobilität für sichere effizientere Verkehrssysteme beitragen.

Zudem hat die Kommission Durchführungsbeschlüsse angenommen zur Verbesserung der technischen Bedingungen für die Frequenznutzung für Geräte mit geringer Reichweite und WLAN angenommen. Dies ist eines der Hauptziele der von der Kommission vorgeschlagenen digitalen Dekade 2030, wonach bis 2030 alle besiedelten Gebiete mit 5G-Netzen abgedeckt und alle EU-Haushalte Zugang zu Gigabit-Verbindungen haben sollen.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

### **Tourismus: Kommission legt Plan für Übergang in eine resiliente, grüne und digitale Zukunft vor**

Die Kommission hat am 08.02.2022 einen sog. Übergangspfad für den Tourismus vorgelegt. Dieser Plan soll darlegen, wie der ökologische und digitale Wandel im Tourismus in Europa gelingen kann und umfasst Maßnahmen in 27 Bereichen, u. a. Kreislaufwirtschaft, um Energie- und Wasserverbrauch, Abfallerzeugung und Umweltverschmutzung zu verringern, Datenaustausch, um neue innovative Tourismusdienstleistungen zu ermöglichen sowie Arbeitskräfte-Qualifizierung. Um den Austausch aller Akteure im Bereich Tourismus bei der Umsetzung des Plans zu intensivieren, hat die Kommission ebenfalls am 08.02.2022 eine Online-Umfrage gestartet.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Zum Übergangspfad für den Tourismus](#)

[Zur Online-Umfrage](#) (in englischer Sprache)

### **Tourismus: Qualifizierungspartnerschaft für die Tourismusbranche**

Die Tourismusindustrie, europäische Tourismus-Dachverbände, Berufsbildungsanbieter und Gewerkschaften haben am 31.01.2022 mit Unterstützung der Kommission eine groß angelegte Qualifizierungspartnerschaft für die Tourismusbranche ins Leben gerufen. Dabei haben sich die Mitglieder der Initiative auf spezifische Verpflichtungen und Indikatoren geeinigt, um die Beschäftigten im Tourismusbereich in den kommenden Jahren beim Erwerb neuer Fähigkeiten zu unterstützen. Dabei sollen u. a. bis 2025 die Weiterbildungs- und Umschulungsaktivitäten bei Beschäftigten um 40 % und bei Arbeitslosen um 80 % gesteigert werden.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

### **Kapitalmarktunion: Verlängerung der Geltungsdauer des Gleichwertigkeitsbeschlusses für CCP aus dem Vereinigten Königreich und Konsultation zur Ausweitung des zentralen Clearings in der EU**

Die Kommission hat am 08.02.2022 einen Beschluss gefasst, durch den zentrale Gegenparteien (CCP) aus dem Vereinigten Königreich länger als bislang vorgesehen, nämlich bis zum 30.06.2025, als gleichwertig zu



betrachten sind. Dadurch soll die Finanzstabilität in der EU gewahrt bleiben. CCP treten bei einem Vertrag als unmittelbarer Vertragspartner zwischen Käufer und Verkäufer.

Zudem hat die Kommission ebenfalls am 08.02.2022 eine gezielte öffentliche Konsultation eingeleitet, um festzustellen, wie das zentrale Clearing in der EU ausgeweitet und die Attraktivität zentraler Gegenparteien aus der EU erhöht werden kann. Dies soll u. a. dazu beitragen, die übermäßige Inanspruchnahme systemrelevanter CCPs aus Drittstaaten durch die EU zu verringern. Des Weiteren soll die Konsultation dazu dienen, Standpunkte von Interessenträgern zu Änderungen bei den Aufsichtsregelungen für CCPs aus der EU einzuholen. Die Kommission plant im zweiten Halbjahr 2022 einen Vorschlag zur Entwicklung des zentralen Clearings vorzulegen. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis 08.03.2022.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Zur Konsultation](#)

### **Kommission leitet Konsultation zur Zertifizierung von Maßnahmen zur Entfernung von CO<sub>2</sub> ein**

Die Kommission hat am 07.02.2022 eine öffentliche Konsultation zur Zertifizierung von Maßnahmen zur Entfernung von CO<sub>2</sub> eingeleitet. Die Initiative soll der Entwicklung der erforderlichen Vorschriften zur Überwachung, Meldung und Überprüfung der Echtheit solcher Maßnahmen dienen. Ziel ist, die nachhaltige Entfernung von CO<sub>2</sub> zu fördern und Anreize für den Einsatz innovativer Lösungen für die Abscheidung, Wiederverwendung und Speicherung von CO<sub>2</sub> in der Land- und Forstwirtschaft sowie in der Industrie zu schaffen. Die Vorlage des Verordnungsvorschlags ist für das 4. Quartal 2022 geplant. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis 02.05.2022.

[Zur Initiative](#)

[Zur Konsultation](#)

### **Fusionskontrolle: Kommission genehmigt Übernahme von Kustomer durch Meta unter Auflagen**

Die Kommission hat am 27.01.2022 die Übernahme von Kustomer durch Meta (zuvor: Facebook) genehmigt. Die Genehmigung des Zusammenschlusses unterliegt der Bedingung, dass Meta seine Verpflichtungszusagen uneingeschränkt erfüllt. Kustomer ist Anbieter auf dem Markt für Kundendienst- und Kundenbeziehungsmanagement (CRM). Die Messaging-Kanäle WhatsApp, Instagram und Messenger von Meta sind wichtige Vehikel für Kundendienste und Anbieter von CRM-Software, über die Unternehmen mit ihren Kunden zusammenarbeiten. Daher sind Meta und Kustomer auf vertikal verbundenen Märkten tätig. Um von der Kommission festgestellte wettbewerbsrechtliche Bedenken auszuräumen, bot Meta umfassende Zugangsverpflichtungen an. Angesichts dieser Zusagen bestehen aus Sicht der Kommission keine wettbewerbsrechtlichen Bedenken.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Zur Wettbewerbssache M.10262](#)



### **Fusionskontrolle: Kommission genehmigt Erwerb der gemeinsamen Kontrolle über Veonet GmbH**

Die Kommission hat am 03.02.2022 den Erwerb der gemeinsamen Kontrolle über die in München ansässige Veonet GmbH durch die französische PAI Partners Sàrl und dem in Kanada ansässigen Ontario Teachers' Pension Plan Board (OTPP) genehmigt. Veonet betreibt ein Netzwerk von Kliniken für Augenheilkunde und ambulante Behandlungen. PAI Partners gehört zu einer Gruppe von Private-Equity-Firmen, die eine Reihe von Fonds verwaltet, die in die Bereiche Unternehmensdienstleistungen, Lebensmittel und Konsumgüter investieren. OTTP verwaltet im Auftrag der aktiven und pensionierten Lehrer in der Provinz Ontario die Verwaltung der Rentenleistungen und die Anlage der Vermögenswerte der Rentenpläne. Aus Sicht der Kommission bestehen keine wettbewerbsrechtlichen Bedenken.

[Daily News der Kommission](#) (in französischer Sprache)

[Zur Wettbewerbssache M.10590](#)

## **TECHNOLOGIE UND INNOVATION**

### **Arbeitsprogramm 2022 für den Europäischen Innovationsrat**

Die Kommission hat am 09.02.2022 das Arbeitsprogramm des Europäischen Innovationsrats (EIC) für 2022 angenommen (siehe hierzu auch Beitrag des StMWK in diesem EB). Hierdurch sollen Finanzierungsmöglichkeiten im Wert von über 1,7 Mrd. € eröffnet werden, die u. a. den Bereichen Quanteninformatik, Batterien der neuen Generation und Gentechnik zugutekommen sollen. Der EIC wurde im März 2021 im Rahmen des Programms Horizon Europe ins Leben gerufen und ist mit mehr als 10 Mrd. € für einen Zeitraum von 2021 bis 2027 ausgestattet (EB 06/21). Die Projekte des EIC bieten u. a. insbesondere für Start-ups und kleine und mittlere Unternehmen (KMU) Coaching, Mentoring und Fachwissen sowie Gelegenheiten für Partnerschaften mit Unternehmen, Investoren und anderen Stakeholdern.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Arbeitsprogramm des EIC](#) (in englischer Sprache)

## **ENERGIE**

### **EU-USA-Energierat: Treffen zur Zusammenarbeit für mehr Energiesicherheit und eine schnellere Energiewende hin zur Klimaneutralität**

Die EU und USA haben am 07.02.2022 in Washington, D.C. ihre Kooperation im Energiebereich weiter vorangetrieben. Bei der Sitzung des Energierates USA-EU unter Vorsitz von US-Außenminister *Antony Blinken*, US-Energieministerin *Jennifer M. Granholm*, dem Hohen Vertreter der EU *Josep Borrell* und Energiekommissarin *Kadri Simson* diskutierten sie insbesondere darüber, wie die Gasversorgung in Europa und der Ukraine sichergestellt werden kann. In einer gemeinsamen Erklärung nach dem Treffen wurde die Notwendigkeit, die Kohleverstromung und Subventionen für fossile Brennstoffe einzustellen, bekräftigt und der



**Europabericht der Vertretung des Freistaates Bayern bei der EU**  
**Nr. 03/2022 vom 11.02.2022**



Einsatz für einen gerechten Energieübergang zur Klimaneutralität sowie die Förderung von Forschung und Entwicklung, Innovation und Einsatz in den entsprechenden Bereichen betont.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Gemeinsame Erklärung des EU-USA-Energierates](#) (in englischer Sprache)



## STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ

### UMWELT

#### Kommission leitet Konsultation zur Zertifizierung von Maßnahmen zur Entfernung von CO<sub>2</sub> ein

Am 07.02.2022 hat die Kommission eine Konsultation zum Thema Zertifizierung von Maßnahmen zur Entfernung von CO<sub>2</sub> eingeleitet. Die Initiative dient der Entwicklung der erforderlichen Vorschriften zur Überwachung, Meldung und Überprüfung der Echtheit solcher Maßnahmen. Ziel ist es, die nachhaltige Entfernung von CO<sub>2</sub> zu fördern und Anreize für den Einsatz innovativer Lösungen für die Abscheidung, Wiederverwendung und Speicherung von CO<sub>2</sub> in der Land- und der Forstwirtschaft sowie in der Industrie zu schaffen. Bis 2050 sollten sowohl natürliche Ökosysteme als auch industrielle Lösungen dazu beitragen, dass jährlich mehrere hundert Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> aus der Atmosphäre entfernt werden. Der für das vierte Quartal 2022 geplante Verordnungsvorschlag soll die Umweltintegrität gewährleisten, insbesondere im Hinblick auf das Bestreben der EU, den Verlust an biologischer Vielfalt und die Umweltverschmutzung umzukehren sowie Glaubwürdigkeit und soziale Akzeptanz zu erreichen, um das Vertrauen der Interessenträger und der Zivilgesellschaft zu gewinnen. Diese Initiative ist nach Ansicht der Kommission ein notwendiger und wichtiger Schritt zur Einbeziehung des CO<sub>2</sub>-Abbaus in die Klimapolitik der EU. Bis 02.05.2022 besteht die Möglichkeit der Rückmeldung (siehe hierzu Beitrag des StMWi in diesem EB).

[Konsultation](#)

#### Leitlinien für die Ermittlung und Ausweisung zusätzlicher Schutzgebiete veröffentlicht

Am 28.01.2022 hat die Kommission die Leitlinien für die Ermittlung und Ausweisung zusätzlicher Schutzgebiete sowie zur Verwaltung bestehender und künftiger Schutzgebiete veröffentlicht. Die Leitlinien sollen den Mitgliedstaaten helfen, neben dem bestehenden Natura-2000-Schutzgebietsnetz weitere, zusätzliche Schutzgebiete auf nationaler Ebene zu ermitteln, auszuweisen und zu managen. Die [EU-Biodiversitätsstrategie für 2030](#) sieht die Einrichtung eines größeren EU-weiten Netzes von Schutzgebieten an Land und auf See vor. Dieses kohärente transeuropäische Schutzgebietsnetz soll mindestens 30 % der Landfläche (einschließlich der Binnengewässer) und 30 % der Meeresfläche umfassen, wovon mindestens jeweils ein Drittel (10 % der Landfläche, 10 % der Meeresfläche) davon unter strengem Schutz stehen soll. Der neue Leitfaden enthält insbesondere die Kriterien, die die Mitgliedstaaten für die Ausweisung zusätzlicher Schutzgebiete heranziehen können. Zudem werden Anforderungen für die Ausweisung von Gebieten, die unter strengem Schutz stehen, definiert und konkrete Erläuterungen zur Einführung eines angemessenen Managements und einer angemessenen Überwachung der bestehenden und künftigen Schutzgebiete gegeben.

[Leitfaden](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)



## VERBRAUCHERSCHUTZ

### **Kommission leitet Konsultation zu Vorschriften zum Schutz geografischer Angaben ein**

Am 09.02.2022 hat die Kommission zwei Konsultationen im Zusammenhang mit den Vorschriften zum Schutz geografischer Angaben eingeleitet. Die Kommission wird sowohl im Wege einer delegierten Verordnung als auch in Form einer Durchführungsverordnung technische Vorschriften für geografische Angaben im Lebensmittelsektor erlassen. Dadurch sollen die Vorschriften für Änderungen von Produktspezifikationen ergänzt werden, damit das System ordnungsgemäß funktionieren kann. Die Annahme ist jeweils noch im ersten Quartal 2022 geplant. Bis 09.03.2022 besteht jeweils die Möglichkeit der Rückmeldung.

[Konsultation delegierte Verordnung](#)

[Konsultation Durchführungsverordnung](#)

### **Kommission leitet Konsultation zur Überarbeitung der EU-Düngemittelverordnung ein**

Am 09.02.2022 hat die Kommission eine Konsultation zu einer delegierten Verordnung im Zusammenhang mit der EU-Düngemittelverordnung eingeleitet. Die Initiative betrifft Änderungen, mit der einige technische Anforderungen an politische Prioritäten der Union angepasst werden, insbesondere an die Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ (Schutz vor Nährstoffausschwemmung) und die Nachhaltigkeitsstrategie für Chemikalien (Einführung der REACH-Registrierung für Polymere). Sie spiegeln auch die bestehenden Verfahren zur Verarbeitung von Bioabfällen wider, mit denen der Zugang zum Binnenmarkt für Gärrückstände erleichtert werden soll. Die Annahme der delegierten Verordnung ist für das zweite Quartal 2022 geplant. Bis 09.03.2022 besteht die Möglichkeit der Rückmeldung.

[Konsultation](#)

### **Kommission leitet Konsultation zur Überarbeitung der Vorschriften zur Verwendung von Quecksilber ein**

Die Kommission hat am 08.02.2022 eine öffentliche Konsultation zur Überarbeitung der Vorschriften zur Verwendung von Quecksilber eingeleitet. Die Verwendung von Quecksilber ist zwar bei den meisten Produkten in der EU bereits eingeschränkt, bei einigen Produkten wird es jedoch noch immer eingesetzt. Mit dieser Initiative sollen die Fälle, in denen Quecksilber in der EU derzeit noch zum Einsatz kommen darf, insbesondere in Dentalamalgam und in bestimmten anderen mit Quecksilber versetzten Produkten wie Leuchtmitteln und Messgeräten sowie der internationale Handel, damit weiter beschränkt werden. Dies soll zu dem im Europäischen Grünen Deal angekündigten „Null-Schadstoff-Ziel für eine schadstofffreie Umwelt“ beitragen. Die Annahme des Überarbeitungsvorschlags ist für das vierte Quartal 2022 geplant. Mit dieser Konsultation sollen die Ansichten der breiten Öffentlichkeit und der Interessenträger zu diesen Fragen eingeholt werden. Bis 03.05.2022 besteht die Möglichkeit der Rückmeldung.

[Konsultation](#)



### **Kommission fordert WhatsApp zur Klarstellung bezüglich Verbraucherinformationen zur Verwendung personenbezogener Daten auf**

Am 27.01.2022 haben die Kommission und das Netz der nationalen Verbraucherbehörden (CPC) einen formellen Dialog mit dem Messengerdiensteanbieter WhatsApp aufgenommen, um dessen Geschäftspraktiken und -politik zu überprüfen. Dies erfolgte nach einer Warnung der Europäischen Verbraucherorganisation (BEUC) vom Juli 2021 über die Verstöße von WhatsApp gegen die EU-Verbraucherrechte. Die beanstandeten Bereiche betreffen die Fragen, ob die Verbraucher hinreichend klar über die Folgen ihrer Entscheidung, die neuen Nutzungsbedingungen des Unternehmens zu akzeptieren oder abzulehnen, informiert werden, ob die In-App-Benachrichtigungen von WhatsApp, mit denen die Verbraucher aufgefordert werden, die neuen Bedingungen und Datenschutzbestimmungen zu akzeptieren, angemessen sind, ob die Verbraucher ausreichend Gelegenheit haben, sich mit den neuen Bedingungen vertraut zu machen, bevor sie sie akzeptieren. Die Kommission und die Verbraucherschutzbehörden sind auch besorgt über den Austausch personenbezogener Daten der Nutzer zwischen WhatsApp und Dritten oder anderen Facebook/Meta-Unternehmen. WhatsApp hat bis Ende Februar Zeit, sich mit der Kommission und den Behörden auseinanderzusetzen. Auf der Grundlage der Antwort des Unternehmens wird das CPC-Netz mit Unterstützung der Kommission prüfen, ob WhatsApp geeignete Schritte unternommen hat, um sein Verhalten in vollem Einklang mit dem EU-Verbraucherschutzrecht zu bringen.

[Website der Kommission zu Aktionen im Bereich Social Media und Suchmaschinen](#)

[Pressemitteilung von BEUC zur Warnung der Kommission](#) (in englischer Sprache)



## STAATSMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN

### **Informeller Agrarrat am 07./08.02.2022 in Straßburg**

Die EU-Agrarminister trafen sich am 07./08.02.2022 in Straßburg zu einem informellen Treffen, um gemeinsame Überlegungen zu den land- und forstwirtschaftlichen Modellen für den Klimaschutz anzustellen.

Die EU hat sich das ambitionierte Ziel gesetzt, bis 2050 klimaneutral zu werden. Um dies zu erreichen, spielt der Landwirtschaftssektor eine wesentliche Rolle, da die landwirtschaftlich genutzten Böden die Fähigkeit besitzen, Kohlenstoff zu speichern. Grundsätzliches Ziel ist die kohlenstoffarme Landwirtschaft.

Die Agrarminister hatten die Gelegenheit, die von französischen Landwirten bereits eingesetzten Praktiken und kohlenstoffarme Techniken vor Ort zu besichtigen. Als Beispiel für derartige Systeme soll der in Frankreich vorgeschlagene Ansatz sogenannter „bons diagnostic carbone“ (Kohlenstoff-Diagnose-Bons) und dem französischen Gütesiegel für eine kohlenstoffarme Landwirtschaft gelten. Die Erschließung von Märkten für CO<sub>2</sub>-Zertifikate stellt eine Möglichkeit der wirtschaftlichen Stärkung der Landwirte dar.

Die Minister konnten ihre Erfahrungen zu klimafreundlichen landwirtschaftlichen Methoden austauschen, beispielsweise zum Pflanzen von Hecken, zur Bodenbedeckung, zur Vielfalt der Anbaukulturen und zur Fruchtfolge, zur Agroforstwirtschaft sowie auch zu einer angepassten Bewirtschaftung der Weiden, die mit zahlreichen weiteren Vorteilen für die Umwelt einhergehen. Besonderes Augenmerk liegt auf dem Umgang mit Feuchtgebieten und Torfmooren. Die Agrarminister unterstrichen die Notwendigkeit, diese Praktiken mit dem Hauptziel der Ernährungssouveränität in Einklang zu bringen.

Zusätzlich zur Bereitstellung öffentlicher Finanzmittel in- und außerhalb der GAP erscheint auch ein gemeinsamer Qualifikationsrahmen auf europäischer Ebene erforderlich. Die Minister betonten darüber hinaus die Bedeutung der Forschungs- und Versuchstätigkeiten und den Einsatz der landwirtschaftlichen Beratungs- und Bildungsnetzwerke für die Verbreitung von Know-how und bewährten Praktiken.

Legislativvorschläge im Hinblick auf nachhaltige Kohlenstoffkreisläufe möchte die Kommission noch dieses Jahr vorlegen.

### [Informelles Treffen der EU-Agrarminister](#)

### **Krise Schweinesektor: Vorsitzender des AGRI wendet sich an Agrarkommissar**

Der Vorsitzende des Landwirtschaftsausschusses (AGRI) des Europäischen Parlaments (EP), *Norbert Lins* (EVP/DEU), und die Mehrheit der Fraktionen im Ausschuss fordern in einem Brief vom 28.01.2022 die Kommission auf, sofortige Initiativen zur Linderung der negativen Situation und zur Anpassung an die Marktverwerfungen zu ergreifen.

Im Schweinefleischsektor haben die steigenden Kosten für Betriebsmittel, das Überangebot aufgrund des Nachfragerückgangs aus China, die Corona-Pandemie und die negativen Auswirkungen der Afrikanischen



Schweinepest auf den Export die Gewinnmargen auf ein kritisch niedriges Niveau gedrückt. Das Ergebnis dieser Effekte ist ein höherer Druck auf den Binnenmarkt, der die Widerstandsfähigkeit des Sektors auf eine extreme Probe stelle.

Es sei an der Zeit, dass die Kommission mit starker Unterstützung für den Sektor durch nichtdiskriminierende und Ad-hoc-Absatzförderungsmaßnahmen eintritt, die darauf abzielen, neue Absatzmärkte zu eröffnen und bestehende zu konsolidieren, sowie Marktinterventionen einzuleiten.

Frankreich hat bereits ein umfangreiches nationales Programm zur Stützung des Schweinefleischsektors aufgelegt und Polen möchte ebenfalls ein Hilfsprogramm auf den Weg bringen.

Bei einem Treffen mit den Koordinatoren der Fraktionen im AGRI-Ausschuss am 02.02.2022 dämpfte Agrarkommissar *Janusz Wojciechowski* die Hoffnungen derjenigen, die Marktmaßnahmen für den Schweinefleischsektor fordern. Obwohl 13 Mitgliedstaaten Marktmaßnahmen für Schweineproduzenten im Sonderausschuss Landwirtschaft (SAL) am 31.01.2022 forderten, haben 7 MS, darunter die wichtigsten Erzeugerländer wie Deutschland, Spanien, Italien, Dänemark, die Niederlande, Schweden und Finnland, dies nicht unterstützt. Der Agrarkommissar befürwortet daher nationale Beihilfen anstelle von EU-Marktmaßnahmen.

[Marktkrise des Schweinefleischsektors: Brief Agrarabgeordnete an Kommissar](#) (in englischer Sprache)

### **Bericht EU-Agrar-/Ernährungswirtschaft Januar - Oktober 2021**

Die Kommission hat am 03.02.2022 ihren Bericht über den Agrar- und Lebensmittelhandel der EU im Zeitraum Januar - Oktober 2021 vorgelegt.

Der Gesamtwert des Agrar- und Lebensmittelhandels der EU für Januar- Oktober 2021 erreichte einen Wert von 268,1 Mrd. €, was einem Anstieg von 6 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum entspricht.

Die Ausfuhren stiegen um 7 % auf 162,8 Mrd. €, während die Einfuhren um 4 % auf 105,3 Mrd. € stiegen, was einem Gesamtüberschuss von 57,5 Mrd. € im Agrar- und Lebensmittelhandel entspricht. Dies ist ein Anstieg von 14 % im Vergleich zum entsprechenden Zeitraum im Jahr 2020.

Das größte Exportwachstum erfolgte im Hinblick auf die Vereinigten Staaten, das um 2,4 Mrd. € oder 7 % zulegte.

Während insgesamt ein deutlicher Anstieg der Agrar- und Lebensmittelexporte gemeldet wurde, gingen die Exporte in eine Reihe von Ländern zurück. Der stärkste Rückgang war bei den Ausfuhren nach Saudi-Arabien zu verzeichnen, die um 548 Mio. € oder 15 % zurückgingen, was hauptsächlich auf einen Rückgang der Ausfuhren von Weizen, Gerste und Getreidezubereitungen zurückzuführen ist.

[Agrar- und Lebensmittelhandel der EU wächst weiter](#) (in englischer Sprache)

[Bericht Agrar-, Lebensmittelhandel Januar - Oktober 2021](#) (in englischer Sprache)



### **Kommission veröffentlicht Studie zu Anpassungsstrategien der Zuckerversorgungskette**

Die Kommission hat am 31.01.2022 Ergebnisse einer Studie zu Anpassungsstrategien der Zuckerversorgungskette nach dem Ende der Quotenregelung veröffentlicht.

Die Studie analysierte die verschiedenen Faktoren, die zur Widerstandsfähigkeit des Zuckersektors beitragen. Unter diesen war die Kostenwettbewerbsfähigkeit in der Landwirtschafts- und Verarbeitungsphase entscheidend für die Bestimmung der allgemeinen Widerstandsfähigkeit.

Vertragliche Vereinbarungen sind insgesamt planungstechnisch vorteilhaft, so dass Stabilität und Berechenbarkeit gewährleistet und die wirtschaftliche Lebensfähigkeit der Akteure gestärkt wird. Der kombinierte Einfluss von Größe und Diversifizierung der Zuckererzeuger ist auch wirksam, um Schwankungen in der Rentabilität zu glätten und so ihre Widerstandsfähigkeit zu stärken.

Was die Risikomanagementinstrumente und Anpassungsstrategien betrifft, so bestätigte die Studie die Wirksamkeit spezifischer anbaulicher Praktiken und Ernteversicherungen für die Zuckerrübenherzeuger. Reservefonds und ein verstärkter Rückgriff auf Hedging-Techniken halfen den Zuckerherzeugern und internationalen Zuckerhändlern, Schwankungen bei Umsatz/Rentabilität auszugleichen und Preisschwankungen entgegenzuwirken.

Die Studie kam zu dem Schluss, dass das Auslaufen des EU-Zuckerquotensystems in Verbindung mit der Abschaffung eines Mindestpreises für Zuckerrüben nur indirekte Auswirkungen auf die wirtschaftliche Lebensfähigkeit der EU-Zuckerlieferkette hatte.

Es wurde festgestellt, dass die EU-Handelspolitik keine Auswirkungen auf die wirtschaftliche Lebensfähigkeit der EU-Zuckerakteure hat, wobei die im EU-Recht vorgesehenen Einfuhrregulierungsmechanismen eine entscheidende Rolle spielen. In Bezug auf die Agrarpolitik stellte die Studie fest, dass die freiwillige gekoppelte Stützung für Zuckerrüben wirksam zur Sicherung der Rentabilität des Zuckerrübenanbaus in den elf Mitgliedstaaten, in denen sie gewährt wurde, beitrug. Es wurde festgestellt, dass die entkoppelten Direktzahlungen eine wichtige Rolle bei der Stabilisierung des Einkommens der Zuckerrübenherzeuger spielen und die Widerstandsfähigkeit des Sektors verbessern.

[Kommission veröffentlicht Studie zur Entwicklung der Zuckerversorgungskette](#) (in englischer Sprache)

### **Leitlinien für die Ermittlung und Ausweisung zusätzlicher Schutzgebiete veröffentlicht**

Die Kommission hat am 28.01.2022 die Leitlinien für die Ermittlung und Ausweisung zusätzlicher Schutzgebiete sowie zur Verwaltung bestehender und künftiger Schutzgebiete veröffentlicht. Die Leitlinien sollen den Mitgliedstaaten helfen, neben dem bestehenden Natura-2000-Schutzgebietsnetz weitere, zusätzliche Schutzgebiete auf nationaler Ebene zu ermitteln, auszuweisen und zu managen.

Nach Auffassung der Kommission ist das derzeitige Schutzgebietsnetz nicht groß genug, um die biologische Vielfalt auf EU-Ebene zu schützen. Die EU-Biodiversitätsstrategie für 2030 sieht die Einrichtung eines größeren



EU-weiten Netzes von Schutzgebieten an Land und auf See vor. Dieses kohärente transeuropäische Schutzgebietsnetz soll mindestens 30 % der Landfläche (einschließlich der Binnengewässer) und 30 % der Meeresfläche umfassen, wovon mindestens jeweils ein Drittel (10 % der Landfläche, 10 % der Meeresfläche) davon unter strengem Schutz stehen soll.

Der Leitfaden enthält insbesondere die Kriterien, die die Mitgliedstaaten für die Ausweisung zusätzlicher Schutzgebiete heranziehen können. Zudem werden Anforderungen für die Ausweisung von Gebieten, die unter strengem Schutz stehen, definiert und konkrete Erläuterungen zur Einführung eines angemessenen Managements und einer angemessenen Überwachung der bestehenden und künftigen Schutzgebiete gegeben (siehe hierzu auch Beitrag des StMUV in diesem EB).

[Kommission veröffentlicht Leitlinien für Ermittlung/Ausweisung von Schutzgebieten](#) (in englischer Sprache)  
[Leitlinien](#) (in englischer Sprache)



## STAATSMINISTERIUM FÜR FAMILIE, ARBEIT UND SOZIALES

### Abgeordnete fordern besseren Schutz der psychischen Gesundheit am Arbeitsplatz

Der Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten des Europäischen Parlaments (EMPL) hat am 01.02.22 einen Bericht zum neuen strategischen Rahmen der EU für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz angenommen. In dem Entwurf einer Entschließung (Berichterstatte(r)in: *Marianne Vind*, S&D) fordern die Abgeordneten u. a. eine EU-Richtlinie zu psychosozialen Risiken und dem Wohlbefinden am Arbeitsplatz. Aufgrund der Erfahrungen mit der Pandemie soll der Schutz der psychischen Gesundheit und die Prävention psychischer Erkrankungen (einschließlich Depressionen und Burnout) besondere Aufmerksamkeit erfahren. Im Hinblick auf die Pandemie soll die Kommission außerdem eine Vorschrift für Mindestanforderungen für Telearbeit in der EU festlegen. Weiterhin fordern die Abgeordneten die Kommission erneut auf, in einer Richtlinie das Recht auf Unerreichbarkeit zu garantieren sowie die Richtlinie über biologische Arbeitsstoffe pandemiegerecht zu überarbeiten. Außerdem wird das Vorgehen gegen geschlechterspezifische Gewalt und Bekämpfung von Krebs am Arbeitsplatz sowie ein Plan für die Verringerung von (tödlichen) Arbeitsunfällen gefordert. Der Text erfuhr großen fraktionsübergreifenden Konsens. Im März soll das Plenum über den Initiativbericht abstimmen. Die Kommission hatte ihren „Strategischen Rahmen der EU für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz 2021-2027“ im Juni 2021 vorgelegt.

[Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)

[Berichtsentwurf](#)

### Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit: Industriezweige gründen neue Qualifikationspartnerschaften

Die Kommission hat für die Initiative „Pakt für Kompetenzen“ zwei neue Qualifikationspartnerschaften gewonnen. So rief der Bausektor am 08.02.2022 eine Partnerschaft ins Leben mit der in den nächsten fünf Jahren mindestens 25 % der Arbeitskräfte des Baugewerbes, d. h. drei Millionen Beschäftigte, höherqualifiziert oder umgeschult werden sollen. Der Schwerpunkt liegt auf Kompetenzen in Bereichen wie Energieeffizienz, Kreislaufwirtschaft und Digitalisierung. Die Partnerschaft soll dazu beitragen, dass das Baugewerbe mit dem grünen und digitalen Wandel Schritt hält. Bereits am 31.01.2022 hatten die europäische Tourismusindustrie, Tourismus-Dachverbände, Berufsbildungsanbieter und Gewerkschaften eine Zusammenarbeit im Rahmen der Initiative gestartet. In dem von der COVID-19-Pandemie schwer getroffenen Tourismusbereich seien Investitionen in Qualifikationen unerlässlich, um die Wettbewerbsfähigkeit der Branche zu erhalten, heißt es in einer Pressemitteilung. Seit dem Start des „Pakts für Kompetenzen“ fördert die Kommission verschiedene Industriezweige bei der Weiterbildung von Arbeitskräften und bietet Unterstützung beim Ausbau des Netzwerks und Zugang zu Wissen und Ressourcen.

[Pressemitteilung \(Tourismus\)](#)

[Pressemitteilung \(Baugewerbe\)](#)



### Kommission will entlassene Arbeitskräfte von Selecta mit Mitteln aus dem EGF unterstützen

Die Kommission hat am 07.02.22 vorgeschlagen, 473 Beschäftigte des Verkaufsautomatenunternehmens Selecta, die in Frankreich ihren Arbeitsplatz wegen der COVID-19-Pandemie verloren haben, mit insgesamt 4 Mio. € aus dem Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung zugunsten entlassener Arbeitnehmer (EGF) zu unterstützen. Die entlassenen Personen sollen gezielte Beratung, Coaching, individuelle Schulungen und psychologische Unterstützung sowie Hilfe bei der Suche nach einer neuen Beschäftigung erhalten und beim Erwerb neuer Kompetenzen unterstützt werden. Der Kommissar für Beschäftigung und soziale Rechte, *Nicolas Schmit*, merkte die Solidarität der EU gegenüber den ehemaligen Selecta-Beschäftigten an. Infolge der COVID-19-Pandemie waren die Absatzzahlen von Selecta eingebrochen. Die Fördermittel aus dem EGF wurden von Frankreich beantragt. 85 % der Gesamtkosten für die Unterstützungsmaßnahmen (4 Mio. €) werden aus dem EGF bereitgestellt, die verbleibenden 15 % (0,8 Mio. €) finanziert Selecta. Dem Vorschlag der Kommission müssen Rat und Parlament noch zustimmen.

Im Rahmen der neuen EGF-Verordnung 2021–2027 ist der Zugang zur Unterstützung aus dem EGF erleichtert worden: Alle Arten unerwarteter größerer Umstrukturierungsmaßnahmen können förderfähig sein, so auch Maßnahmen, die auf die wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Krise oder Entwicklungen wie die Dekarbonisierung und Automatisierung zurückgehen.

[Pressemitteilung](#)



## STAATSMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT UND PFLEGE

### Kommission will das digitale COVID-Zertifikat der EU um ein Jahr verlängern

Die Kommission hat am 03.02.2022 vorgeschlagen, den Einsatz des digitalen COVID-Zertifikats der EU um ein Jahr **bis zum 30.06.2023** zu verlängern. Daneben hat die Kommission auch einige geringfügige Änderungen an dem COVID-Zertifikat vorgeschlagen:

- Qualitativ hochwertige Labor-Antigentests sollen als Testart anerkannt werden.
- Es sollte sichergestellt werden, dass Impfzertifikate alle jeweils verabreichten Impfdosen korrekt abbilden, gleich in welchem Mitgliedstaat geimpft wurde.
- Es sollte vorgesehen werden, dass für Personen, die an klinischen Tests für COVID-19-Impfstoffe teilnehmen, Zertifikate ausgestellt werden können.

Der Einsatz des digitalen COVID-Zertifikats der EU im Inland bleibt Sache der Mitgliedstaaten. Die Kommission hat ferner eine weitere Verordnung vorgeschlagen, mit der die Anwendung des digitalen COVID-Zertifikats der EU auch auf Drittstaatsangehörige ausgeweitet wird, die sich rechtmäßig im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten aufhalten oder dort wohnen. Das Europäische Parlament und der Rat müssten den Vorschlag noch annehmen.

[Pressemitteilung Kommission](#)

[Vorschlag - EU-Bürger](#) (in englischer Sprache)

[Vorschlag Drittstaatsangehörige](#)

### EU legt Vertrauensrahmen für Digitalisierung des Gesundheitswesens fest

Die Gesundheitsminister der EU, die Kommission gemeinsam mit mehreren Mitgliedstaaten der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) sowie des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) begrüßten am 02.02.2022 auf der Konferenz zum Thema Staatsbürgerschaft, Ethik und Gesundheitsdaten die Verabschiedung von **16 europäischen ethischen Leitprinzipien bei der Digitalisierung des Gesundheitswesens**, die vom eHealth-Netzwerk erarbeitet wurden. Diese Prinzipien richten sich direkt an die europäischen Bürgerinnen und Bürger und gehen auf vier ethische Themengebiete ein: „Die Digitalisierung des Gesundheitswesens in einen humanistischen Werterahmen einbetten“, „Den Menschen die Kontrolle über die Digitalisierung und ihre Gesundheitsdaten geben“, „Eine inklusive Digitalisierung des Gesundheitswesens durchführen“ und „Eine ökologisch verantwortliche Digitalisierung des Gesundheitswesens umsetzen“. Das eHealth-Netzwerk wird seine Arbeiten fortsetzen und auf seinem Treffen in Paris am 01./02.06.2022 Modalitäten zur Umsetzung der Prinzipien vorschlagen. Die europäischen ethischen Leitprinzipien zur Digitalisierung des Gesundheitswesens sind ein wichtiges Hilfsmittel für das bessere gegenseitige Verständnis und erleichtern so die Gespräche über die zukünftige **EU-Verordnung über den europäischen Gesundheitsdatenraum**.

[Die Europäische Union legt einen Vertrauensrahmen für die Digitalisierung des Gesundheitswesens fest - Französische Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union 2022](#)



### **Digitales COVID-Zertifikat: 270-Tage-Akzeptanzfrist für Impfbescheinigungen**

Seit dem 01.02.2022 gelten die neuen Regeln für eine Standard-Akzeptanzfrist von 270 Tagen für digitale COVID-Impfbescheinigungen, die für Reisen innerhalb der EU verwendet werden. Gemäß den neuen Vorschriften, die im Delegierten Rechtsakt der Kommission vom 21.12.2021 festgelegt sind, müssen die Mitgliedstaaten Impfbescheinigungen für einen Zeitraum von 270 Tagen (ca. 9 Monaten) nach Abschluss der Erstimpfungsserie akzeptieren. Für einen Ein-Dosis-Impfstoff bedeutet dies 270 Tage ab der ersten und einzigen Impfung. Bei einem Zweifach-Impfstoff sind es 270 Tage ab der zweiten Impfung oder, im Einklang mit der nationalen Impfstrategie, ab der ersten und einzigen Impfung nach der Genesung vom Virus. Die Standardannahmefrist gilt nicht für Bescheinigungen von Auffrischungsimpfungen.

[Pressemitteilung](#)

[Delegierter Rechtsakt der Kommission vom 21.12.2021](#)

### **Notfallzulassung für COVID-Impfstoff für Kinder unter fünf Jahren beantragt (USA)**

Biontech und Pfizer haben am 01.02.2022 bekanntgegeben, eine Notfallzulassung für ihren Corona Impfstoff für Kinder unter fünf Jahren in den USA beantragt zu haben. Der Impfstoff soll für Kinder im Alter von **sechs Monaten bis einschließlich vier Jahren** eingesetzt werden können. Im Falle einer Zulassung durch die US-Arzneimittelbehörde FDA wäre der Impfstoff der erste, der in dieser Altersgruppe erhältlich wäre. Der Antrag bezieht sich derzeit auf zwei Dosen des Vakzins. Um die Nebenwirkungen für die junge Zielgruppe zu begrenzen, hat Pfizer die Dosierung des Wirkstoffs deutlich gesenkt und sich für eine Dosis von nur drei Mikrogramm pro Impfung entschieden, gegenüber zehn Mikrogramm bei Kindern zwischen fünf und elf Jahren sowie 30 Mikrogramm bei Kindern über zwölf Jahren. Pfizer und Biontech betonten, dass sie den formellen Antrag „auf Ersuchen“ der FDA eingereicht hätten.

[Pressemitteilung Biontech](#)

### **Kommission erteilt bedingte Zulassung für Paxlovid**

Am 28.01.2022 erteilte die Kommission die bedingte Zulassung für Paxlovid, ein von Pfizer entwickeltes antivirales Medikament gegen COVID-19. Die Zulassung stützt sich auf die Empfehlung des Ausschusses für Humanarzneimittel der EMA vom 27.01.2022. Nach einer Analyse der präklinischen und klinischen Daten bewertete der Ausschuss das Nutzen-Risiko-Verhältnis des Medikaments als positiv. Paxlovid wird für Erwachsene mit schweren bis mittelschweren Formen von COVID-19 empfohlen, die keinen zusätzlichen Sauerstoff benötigen, aber ein erhöhtes Risiko für einen schweren weiteren Krankheitsverlauf haben. Dieses erste oral verabreichte antivirale Medikament gegen COVID-19 besteht aus zwei Tabletten mit zwei Wirkstoffen. Es soll die Vermehrung des SARS-CoV-2-Virus hemmen.

[Pressemitteilung der EMA](#) (in englischer Sprache)



### COVID-19: Koordinierung auf Ebene der EU

Die Minister für europäische Angelegenheiten führten am 25.01.2022 einen Gedankenaustausch über die Gesundheitslage und die auf nationaler Ebene ergriffenen Maßnahmen und zogen eine Bilanz der Koordinierung auf EU-Ebene. Die Beratungen über die Überarbeitung der Empfehlung über Reisen aus Drittländern in die EU werden fortgesetzt. Der Rat verwies auch auf die internationale Solidarität. Die EU ist der weltweit größte Exporteur und Geber von Impfstoffen. Der Rat bekräftigte den Wunsch der EU, ihre Unterstützung für die bedürftigsten Länder - vor allem in Afrika - zu verstärken, sowohl durch die weitere europäische Unterstützung von COVAX als auch auf bilateraler Ebene in Zusammenarbeit mit Partnern.

[Rat „Allgemeine Angelegenheiten“](#)

### Die EU-Verordnung über klinische Prüfungen tritt in Kraft

Am 31.01.2022 trat die Verordnung über klinische Prüfungen in Kraft. Damit wird die Bewertung und Überwachung klinischer Prüfungen in der gesamten EU harmonisiert, insbesondere durch ein Informationssystem für klinische Prüfungen (CTIS), das von der Europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA) betrieben wird. Die Verordnung wird die Durchführung klinischer Prüfungen in der EU verbessern, indem sie höchste Sicherheitsstandards für die Teilnehmer und Teilnehmerinnen und eine größere Transparenz der Prüfungsinformationen gewährleistet. In der Vergangenheit mussten Sponsoren Anträge für klinische Studien separat bei den zuständigen nationalen Behörden und Ethikkommissionen in jedem Land einreichen, um die behördliche Genehmigung zur Durchführung einer klinischen Studie zu erhalten, und die Registrierung und Veröffentlichung der Ergebnisse waren ebenfalls separate Prozesse. Mit CTIS können Sponsoren nun Zulassungen in bis zu 30 EU/EWR-Staaten gleichzeitig und mit denselben Unterlagen beantragen.

[Pressemitteilung Kommission](#)

[Verordnung \(EU\) Nr. 536/2014](#)

### Bekämpfung von COVID-19-Desinformationen

Die Kommission hat am 27.01.2022 erneut darüber berichtet, welche Maßnahmen zur Bekämpfung von Falschinformationen über COVID-19 die Unterzeichner des EU-Verhaltenskodex gegen Desinformationen ergriffen haben. Die neuen Berichte erfassen den Zeitraum November und Dezember 2021 und betreffen insbesondere Desinformationen über Impfkampagnen. Wie in der Vergangenheit erkennt die Kommission die Bemühungen an, fordert von den Unternehmen aber mehr Daten für die Wirkung der Maßnahmen auf Ebene der Mitgliedstaaten ein. Zu den Unterzeichnern des Kodex zählen TikTok, Google, Microsoft, Meta (Facebook) und Twitter.

[Fighting COVID-19 Disinformation - Reports on November and December actions | Shaping Europe's digital future](#) (in englischer Sprache)



### Sondierung zu Empfehlung zur Krebsvorsorge

Die Kommission stellte für die Zeit vom 25.01. - 22.02.2022 die Sondierung zu der für das dritte Quartal 2022 geplanten Aktualisierung der Empfehlung zur Krebsvorsorge zur Konsultation. In Europas Plan gegen den Krebs kündigte die Kommission ein neues Krebsvorsorgeprogramm an. Es soll die EU-Länder dabei unterstützen, bis 2025 für 90 % der für eine Brustkrebs-, Gebärmutterhalskrebs- bzw. Darmkrebs-Früherkennung infrage kommenden EU-Bürgerinnen und -Bürger Vorsorgeuntersuchungen anzubieten. Mit dieser Initiative soll eine Aktualisierung der Leitlinien von 2003 (Empfehlung des Rates) zur Krebsvorsorge anhand der neuesten wissenschaftlichen Gutachten vollzogen werden. Außerdem soll eine Ausweitung der Vorsorgeuntersuchungen auf andere Krebsarten geprüft werden.

[Empfehlung zur Krebsvorsorge](#)

### EU-Gesundheitsminister für bessere Koordination der Impfkampagnen

Die europäischen Gesundheitsminister hielten am 21.01.2022 eine außerordentliche Sitzung per Videokonferenz ab, um sich über bewährte Praktiken zum Krisenmanagement auszutauschen und die einzelstaatlichen Strategien so gut wie möglich miteinander in Einklang zu bringen. Sie verständigten sich darauf, die Koordination der nationalen Strategien durch einen Informationsaustausch über die Umsetzung der nationalen Impfkampagnen zu verbessern und die von der EU eingeführten Instrumente in vollem Umfang einzusetzen. Ferner bekräftigten sie den Grundsatz der Impfsolidarität auf internationaler Ebene.

[Informelles Treffen der Gesundheitsminister „Omikron: Hygienemaßnahmen, 4. Impfung - Die mittelfristigen Perspektiven zum Umgang mit der Coronakrise“ - Französische Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union 2022](#)



## STAATSMINISTERIUM FÜR DIGITALES

---

### Visualisierung der Datenströme über europäische Cloud-Infrastrukturen

Die Kommission hat am 03.02.2022 eine Studie veröffentlicht, in der das Volumen der Daten, die in die wichtigsten Cloud-Infrastrukturen in Europa fließen, kartiert und geschätzt wird. Die Messung der Datenströme in Europa war bereits in der Datenstrategie vorgesehen.

Die Studie gibt einen Überblick über das Volumen und die Art der Cloud-Datenzuflüsse und -abflüsse nach Wirtschaftszweig, Standort, Unternehmensgröße und Art der Cloud-Dienste. Sie ist als Referenz für die Entscheidungsfindung im Hinblick auf künftige Handelsabkommen, unternehmerische Entscheidungen und Cloud-Investitionen gedacht. Ergebnisse der Studie zeigen, dass im Jahr 2020 die größten Datenströme aus dem Gesundheitssektor kommen und Deutschland das größte Volumen an Datenzuflüssen verzeichnet. Der Bericht schätzt außerdem, dass der von europäischen Unternehmen stammende Datenfluss bis 2030 15 x höher sein wird als im Jahr 2020. Eine Folgestudie soll nun den wirtschaftlichen Wert der Datenzuflüsse und -abflüsse innerhalb der EU sowie mit Drittländern wie den USA und China bewerten.

[Pressemitteilung der Kommission](#) mit weiterführenden Links (in englischer Sprache)

### Halbleiter: Kommission legt European Chips Act vor

Die Kommission hat am 08.02.2022 vier Initiativen zum European Chips Act vorgelegt. Formuliert werden fünf strategische Ziele in den Bereichen Forschung und Technologie, Umwandlung von Investition in gefertigte Produkte, Produktionskapazität, Fachkräftesicherung und globale Lieferketten. Das übergeordnete Ziel der Initiativen ist, dass mindestens 20 % der weltweiten Chip-Produktion bis 2030 in Europa stattfindet. Dieses Ziel war bereits im „Digitalen Kompass“ der Kommission für die Digitale Dekade festgelegt worden (siehe hierzu auch Beitrag des StMWi in diesem EB).

[Pressemitteilung der Kommission](#) mit weiterführenden Links